

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 99 — 2404

[C — 99/33088]

26. APRIL 1999 — Mediendekret (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I. — Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
 2. Rundfunkdienst: Dienst, der die drahtlose oder drahtgebundene, erdgebundene oder durch Satelliten gewährleistete Verbreitung von Darbietungen aller Art in Wort, in Ton und in Bild, die für die Allgemeinheit bestimmt sind, zum Ziel hat. Der Dienst kann Hörfunksendungen, Fernsehsendungen oder andere Sendungen umfassen. Der Begriff schließt die Übermittlung an andere Veranstalter zur Weiterverbreitung an die Allgemeinheit ein;
 3. Fernsehsendung: die drahtlose oder drahtgebundene, erdgebundene oder durch Satelliten vermittelte, unverschlüsselte oder verschlüsselte Erstsending von Fernsehprogrammen, die zum Empfang durch die Allgemeinheit bestimmt sind. Der Begriff schließt die Übermittlung an andere Veranstalter zur Weiterverbreitung an die Allgemeinheit ein. Nicht eingeschlossen sind Kommunikationsdienste, die auf individuellen Abruf Informationen oder andere Inhalte übermitteln, wie Fernkopierdienste, elektronische Datenbanken und andere ähnliche Dienste;
 4. Fernsehveranstalter: eine juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung von Fernsehprogrammen trägt und die diese Programme ausstrahlt;
 5. Fernsehprogramm: die Gesamtheit der unter einer gemeinsamen Bezeichnung durch einen Fernsehveranstalter ausgestrahlten Sendungen;
 6. Offener Kanal: Fernsehprogramm, das von natürlichen und juristischen Personen gestaltet wird, indem sie in eigener Verantwortung zeitlich begrenzte Fernsehbeiträge verbreiten, wobei der freie und gleichberechtigte Zugang dieser Personen gewährleistet ist;
 7. Hörfunkveranstalter: eine juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung von Hörfunkprogrammen trägt und die diese Programme ausstrahlt;
 8. Privatsender: privatrechtlicher Hörfunkveranstalter;
 9. Regionalsender: privatrechtlicher Hörfunkveranstalter, der sich an ein regionales Publikum wendet;
 10. Lokalsender: privatrechtlicher Hörfunkveranstalter, der sich an ein örtlich begrenztes Publikum wendet;
 11. Hörfunkprogramm: die Gesamtheit der unter einer gemeinsamen Bezeichnung durch einen Hörfunkveranstalter ausgestrahlten Sendungen;
 12. Werbung: jede Äußerung bei der Ausübung eines Handels, Gewerbes, Handwerks oder freien Berufs, die im Fernsehen oder Hörfunk von einem öffentlich-rechtlichen oder privaten Veranstalter entweder gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung oder als Eigenwerbung gesendet wird, mit dem Ziel, den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt zu fördern;
 13. Schleichwerbung: die Erwähnung oder Darstellung von Waren, Dienstleistungen, Namen, Warenzeichen oder Tätigkeiten eines Herstellers von Waren oder eines Erbringers von Dienstleistungen in Fernsehprogrammen oder Hörfunkprogrammen, wenn sie vom Fernsehveranstalter oder Hörfunkveranstalter absichtlich zu Werbezwecken vorgesehen ist und die Allgemeinheit hinsichtlich des eigentlichen Zwecks dieser Erwähnung oder Darstellung irreführen kann. Eine Erwähnung oder Darstellung gilt insbesondere dann als beabsichtigt, wenn sie gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung erfolgt;
 14. Sponsoring: jeder Beitrag eines nicht im Bereich der Produktion von audiovisuellen Werken tätigen öffentlichen oder privaten Unternehmens zur Finanzierung von Fernsehprogrammen beziehungsweise Hörfunkprogrammen mit dem Ziel, seinen Namen, sein Warenzeichen, sein Erscheinungsbild, seine Tätigkeit oder seine Leistung zu fördern;
 15. Teleshopping: Sendungen direkter Angebote an die Öffentlichkeit für den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt;
 16. europäische Werke: Werke aus europäischen Mitgliedstaaten sowie Werke aus europäischen Drittländern, die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens über grenzüberschreitendes Fernsehen des Europarates sind, und Werke aus anderen europäischen Drittländern, falls in den betreffenden Drittländern keine diskriminierenden Maßnahmen gegen Werke aus den Mitgliedstaaten bestehen.
- Bei Werken aus europäischen Mitgliedstaaten oder Werken aus europäischen Drittländern, die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens über grenzüberschreitendes Fernsehen des Europarates sind, handelt es sich um Werke, die im Wesentlichen in Zusammenarbeit mit einem oder mehreren der in diesen Staaten ansässigen Autoren und Arbeitnehmern geschaffen wurden und eine der drei folgenden Voraussetzungen erfüllen:
- a) sie sind von einem oder mehreren in einem beziehungsweise mehreren dieser Staaten ansässigen Hersteller(n) geschaffen worden;
 - b) ihre Herstellung wird von einem oder mehreren in einem beziehungsweise mehreren dieser Staaten ansässigen Hersteller(n) überwacht und tatsächlich kontrolliert;
 - c) der Beitrag von Koproduzenten aus diesen Staaten zu den Gesamtproduktionskosten beträgt mehr als die Hälfte, und die Koproduktion wird nicht von einem beziehungsweise mehreren außerhalb dieser Staaten ansässigen Hersteller(n) kontrolliert.
- Als Werke aus anderen europäischen Drittländern betrachtet man Werke, die entweder ausschließlich oder in Koproduktion mit in einem oder mehreren europäischen Mitgliedstaaten ansässigen Herstellern von Herstellern geschaffen wurden, welche in einem oder mehreren europäischen Drittländern ansässig sind, mit denen die Gemeinschaft Abkommen geschlossen hat, sofern diese Werke im Wesentlichen unter Mitwirkung von in einem oder mehreren europäischen Staaten ansässigen Autoren und Arbeitnehmern geschaffen wurden.

Werke, die keine europäischen Werke im Sinne des Absatzes 1 sind, jedoch im Rahmen von bilateralen Koproduktionsverträgen zwischen europäischen Mitgliedstaaten und Drittländern hergestellt werden, werden als europäische Werke betrachtet, sofern die Koproduzenten aus der Gemeinschaft einen mehrheitlichen Anteil der Gesamtproduktionskosten tragen und die Herstellung nicht von einem oder mehreren außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten ansässigen Herstellern kontrolliert wird.

Werke, die keine europäischen Werke im Sinne der Absätze 1 oder 4 sind, jedoch im Wesentlichen in Zusammenarbeit mit in einem beziehungsweise mehreren europäischen Mitgliedstaaten ansässigen Autoren und Arbeitnehmern geschaffen wurden, gelten proportional zu dem Beitrag von Koproduzenten aus der Europäischen Gemeinschaft zu den Gesamtproduktionskosten als europäische Werke.

Unter europäischen Mitgliedstaaten versteht man die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und die anderen Staaten, die Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind.

17. Kabelnetz: die Gesamtheit der angebrachten Vorrichtungen mit dem Ziel, über Kabel Signale als Träger von Hörfunk- oder Fernsehprogrammen sowie anderer Dienste hin zu Drittpersonen, die im deutschen Sprachgebiet niedergelassen sind, zu übertragen;

18. technische Verbreitungsinfrastrukturen: die Gesamtheit der Hertzischen Frequenzen und der Orbitalpositionen oder der Frequenzbänder von Satelliten, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugeteilt worden sind, sowie im weiteren Sinn jede technische Verbreitungsinfrastruktur, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugeteilt worden ist und die Beförderung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen für die Allgemeinheit ermöglicht;

19. Verwürfelung: die Behandlung der Audio-Signale und Video-Signale von Rundfunkdiensten mit dem Ziel, diese zu verschlüsseln und somit für jeden, der nicht über die erforderliche Zugangsberechtigung verfügt, unverständlich zu machen;

20. Zugangsberechtigungssystem: die Gesamtheit der materiellen und logistischen Mittel, die entweder von einem oder mehreren Abonnentenverwaltungssystemen oder aber vom Publikum selbst im Rahmen einer auf lokaler Ebene stattfindenden Verwaltung der Fernsehdienste eingesetzt werden, um den Zugang zu einem oder mehreren Rundfunkdiensten ganz oder teilweise auf das Publikum zu beschränken, das über die erforderliche Zugangsberechtigung verfügt;

21. Kontrollfunktion: Verfahren, das es erlaubt, das Zugangsberechtigungssystem zu ändern, ohne dabei das verwürfelte Signal eines Rundfunkdienstes zu ändern;

22. Übertragungssystem: aufeinander folgende Vorgänge zur Behandlung der Audio-Signale, der Video-Signale und der damit verbundenen Daten eines Rundfunkdienstes, die dazu bestimmt sind, diesen Signalen Gestalt zu geben und sie bis zum Publikum zu befördern. Das Übertragungssystem umfasst folgende Bestandteile: Gestaltung der Programmsignale (Quellkodierung der Audio-Signale und der Video-Signale, Multiplizierung der Signale) sowie Anpassung an die Übertragungsmedien (Kanalkodierung, Modulation und gegebenenfalls Verteilung der Energie);

23. Breitbildschirmformat: Fernsehbildformat, dessen Länge-Breite-Verhältnis 16:9 entspricht;

24. Kinoanbieter: die natürlichen und juristischen Personen, die ein sich im deutschen Sprachgebiet befindendes Filmtheater betreiben, in dem sie gegen Entgelt Filme vorführen;

25. Filmforum: die Aufführung von mindestens acht künstlerisch wertvollen Filmen pro Jahr, die jugendfrei sind und von mindestens einer Filmbewertungsstelle aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union als wertvoll eingestuft worden sind;

26. Filmtage: die Aufführung von mindestens vier verschiedenen Filmen zu einem Thema innerhalb einer Woche;

27. Förderkopie: vom Kinoanbieter finanzierte Kopie eines Films, der spätestens zwei Wochen nach dem Landesstart in Belgien oder in der Bundesrepublik Deutschland zur Aufführung gelangt.

KAPITEL II. — *Die Fernsehveranstalter*

Abschnitt 1. — Genehmigungen

Art. 2 - § 1 - Unbeschadet des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung juristischen Personen die Genehmigung erteilen, Fernsehprogramme auszustrahlen.

§ 2 - Um eine Genehmigung zu erhalten, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

1. bei der juristischen Person muss es sich um eine Handelsgesellschaft handeln;
2. der Fernsehveranstalter muss in Belgien niedergelassen sein.

Dies trifft in folgenden Fällen zu:

a) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung des Fernsehveranstalters und werden seitens des Fernsehveranstalters die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen;

b) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung des Fernsehveranstalters, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden seitens des Fernsehveranstalters die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen, oder umgekehrt, und in Belgien ist ausschließlich ein wesentlicher Teil des Sendepersonals angesiedelt;

c) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden seitens des Fernsehveranstalters die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen und in beiden Staaten ist gleichzeitig ein wesentlicher Teil des Sendepersonals angesiedelt;

d) in Belgien befindet sich die Hauptverwaltung des Fernsehveranstalters, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, werden seitens des Fernsehveranstalters die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen, oder umgekehrt, in keinem der beiden Staaten ist ein wesentlicher Teil des Sendepersonals angesiedelt und der Fernsehveranstalter hat in Belgien zum einen zuerst mit der Sendetätigkeit gemäß des belgischen Rechtssystems begonnen, und zum anderen besteht eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft Belgiens weiter;

e) die Hauptverwaltung befindet sich in Belgien, die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot werden in einem Drittland getroffen, oder der umgekehrte Fall liegt vor, und ein wesentlicher Teil des Sendepersonals ist in Belgien tätig;

f) auf den Fernsehveranstalter treffen a) bis e) nicht zu und er nutzt eine von Belgien zugeteilte Frequenz;

g) auf den Fernsehveranstalter treffen a) bis e) nicht zu, er nutzt keine von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zugeteilte Frequenz, er nutzt jedoch eine Belgien gehörende Übertragungskapazität eines Satelliten;

h) auf den Fernsehveranstalter treffen a) bis e) nicht zu, er nutzt keine von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zugeteilte Frequenz oder Übertragungskapazität eines Satelliten, er nutzt jedoch eine Erd-Satelliten-Sendestation in Belgien;

i) auf den Fernsehveranstalter treffen a) bis h) nicht zu und in Belgien ist der Fernsehveranstalter gemäß Artikel 52 ff. des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft niedergelassen;

3. die Handelsgesellschaft muss im deutschen Sprachgebiet ihre Hauptverwaltung haben, oder im deutschen Sprachgebiet werden seitens des Fernsehveranstalters die redaktionellen Entscheidungen über das Programmangebot getroffen;

4. die Handelsgesellschaft muss bei der Regierung einen Genehmigungsantrag einreichen, der alle erforderlichen Dokumente enthält, die Satzungen, die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre, die genaue Zusammensetzung des Aktienkapitals sowie der Verwaltungsorgane, das vorgesehene Programmschema, die Angaben der möglichen Dienstleistungen, die neben der Ausstrahlung von Fernsehprogrammen erbracht werden, die Übertragungsart der Programme hin zu den Fernsehzuschauern, die anderen Genehmigungen, die man vielleicht besitzt, sowie die Gesamtheit der Angaben einbegriffen, die eine Bearbeitung des Antrags ermöglichen.

§ 3 - Die Genehmigung ist persönlich, eine Weitervergabe an Drittpersonen ist ausschließlich mit dem vorherigen schriftlichen Einverständnis der Regierung möglich.

§ 4 - Die Regierung legt das Genehmigungsverfahren fest.

Art. 3 - Die Genehmigung, ein Fernsehprogramm auszustrahlen, gilt bis zum Ende des zwölften Ziviljahres, das dem der Erteilung der Genehmigung folgt. Sie wird jedes Mal stillschweigend um weitere 6 Jahre verlängert, falls die Regierung sie nicht aufkündigt oder der Fernsehveranstalter keine Verzichtleistung übermittelt. Kündigung oder Verzichtleistung müssen per Einschreibebrief im Laufe des ersten Semesters des letzten Gültigkeitsjahres zugestellt werden.

Die Fernsehveranstalter, die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des vorliegenden Dekretes bereits eine Genehmigung für die Ausstrahlung eines Fernsehprogramms besitzen, müssen diese Genehmigung innerhalb einer Zeitspanne von 12 Monaten auf der Grundlage des vorliegenden Dekretes durch die Regierung erneuern lassen.

Abschnitt 2. — Förderung der Verbreitung und Herstellung von Fernsehprogrammen

Art. 4 - Die Fernsehveranstalter behalten mindestens 10 % der Sendezeit eines jeden genehmigten Fernsehprogrammes, die nicht aus Nachrichten, Sportberichten, Spielshows oder Werbe- und Teletextleistungen sowie Teleshopping besteht, europäischen Werken vor oder alternativ 10 % ihrer Haushaltsmittel für die Programmgestaltung der Sendung europäischer Werke von Herstellern, die von den Fernsehveranstaltern unabhängig sind. Dazu muss ein angemessener Anteil neueren Werken vorbehalten bleiben; es handelt sich um Werke, die innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren nach ihrer Herstellung ausgestrahlt werden.

Art. 5 - Die Fernsehveranstalter gewährleisten in ihren Fernsehprogrammen:

1. den Schutz und die Veranschaulichung der deutschen Sprache; dies unter anderem, indem ein gewisser Anteil der Sendungen in deutscher Sprache ausgestrahlt werden;

2. die Veranschaulichung der Deutschsprachigen Gemeinschaft; dies unter anderem, indem zum Teil Sendungen und Berichte über die Deutschsprachige Gemeinschaft ausgestrahlt werden.

Die Regierung bestimmt den Anteil der in Absatz 1 Nummer 1 und Nummer 2 angeführten Sendungen und legt die weiteren Ausführungsmodalitäten fest.

Abschnitt 3. — Werbung, Sponsoring und Teleshopping

Art. 6 - Werbung und Teleshopping müssen als solche erkennbar sein und durch optische und/oder akustische Mittel eindeutig von den anderen Programmteilen getrennt sein.

Einzelnen gesehene Werbe- und Teleshopping-Spots müssen die Ausnahme bilden.

In der Werbung und im Teleshopping dürfen keine subliminalen Techniken eingesetzt werden.

Schleichwerbung und entsprechende Praktiken im Teleshopping sind verboten.

Art. 7 - § 1 - Werbung oder Teleshopping-Spots müssen zwischen den Sendungen eingefügt werden. Unter den in den Absätzen 2 bis 4 genannten Voraussetzungen können Werbung und Teleshopping-Spots auch in die laufenden Sendungen eingefügt werden, sofern sie den Zusammenhang und den Wert der Sendungen nicht beeinträchtigen, wobei die natürlichen Programmunterbrechungen und die Länge und Art des Programms zu berücksichtigen sind und sofern nicht gegen die Rechte von Rechteinhabern verstoßen wird.

Bei Sendungen, die aus eigenständigen Teilen bestehen, oder bei Sportsendungen und Sendungen über ähnlich strukturierte Ereignisse und Darbietungen mit Pausen können Werbung und Teleshopping-Spots nur zwischen die eigenständigen Teile oder in die Pausen eingefügt werden.

Die Übertragung audiovisueller Werke wie Kinospiele und Fernsehfilme, mit Ausnahme von Serien, Reihen, und leichten Unterhaltungssendungen, kann für jeden vollen Zeitraum von 45 Minuten einmal unterbrochen werden, sofern ihre programmierte Sendezeit mehr als 45 Minuten beträgt. Eine weitere Unterbrechung ist zulässig, wenn die programmierte Sendedauer um mindestens 20 Minuten über zwei oder mehrere volle 45-Minuten-Zeiträume hinausgeht.

Werden andere als die unter Absatz 2 fallenden Sendungen durch Werbung oder Teleshopping-Spots unterbrochen, so muss zwischen zwei aufeinander folgenden Unterbrechungen innerhalb der Sendung ein Abstand von mindestens 20 Minuten liegen.

§ 2 - Nachrichten, Magazine über das aktuelle Zeitgeschehen, Dokumentarfilme, Sendungen religiösen Inhalts und Kindersendungen sowie die Übertragung von Gottesdiensten dürfen nicht durch Werbung und Teleshopping-Spots unterbrochen werden.

Art. 8 - Werbung und Teleshopping dürfen die Menschenwürde nicht verletzen.

Sie dürfen keine Diskriminierungen nach Rasse, Geschlecht oder Nationalität enthalten.

Sie dürfen weder religiöse noch politische Überzeugungen verletzen.

Sie dürfen keine Verhaltensweisen fördern, die die Gesundheit und die Sicherheit gefährden.

Sie dürfen keine Verhaltensweisen fördern, die den Schutz der Umwelt gefährden.

Art. 9 - Jede Form der Werbung und des Teleshoppings für Zigaretten und andere Tabakerzeugnisse ist untersagt.

Art. 10 - Jede Form der Werbung für Arzneimittel und ärztliche Behandlungen, die nur auf ärztliche Verordnung in Belgien erhältlich sind, ist untersagt.

Teleshopping für Arzneimittel, für die eine Meldung oder Registrierung im Sinne von Artikel 6 des Gesetzes vom 25. März 1964 über Arzneimittel erforderlich ist, sowie für ärztliche Behandlungen ist untersagt.

Art. 11 - Werbung und Teleshopping für alkoholische Getränke unterliegen folgenden Kriterien:

1. sie dürfen sich nicht speziell an Minderjährige richten oder Minderjährige beim Alkoholgenuss darstellen;
2. sie dürfen keinerlei Verbindung zwischen dem Alkoholgenuss und einer Verbesserung der physischen Leistung oder dem Führen von motorisierten Fahrzeugen herstellen;
3. es darf nicht der Eindruck der Förderung des sozialen und sexuellen Erfolgs durch Alkoholgenuss geweckt werden;
4. es darf keine therapeutische, stimulierende, beruhigende oder konfliktlösende Wirkung von Alkohol suggeriert werden;
5. unmäßiger Alkoholgenuss darf nicht gefördert sowie Enthaltensamkeit oder Mäßigung nicht negativ dargestellt werden;
6. die Höhe des Alkoholgehalts von Getränken darf nicht als positive Eigenschaft hervorgehoben werden.

Art. 12 - Werbung und Teleshopping, die sich an Minderjährige richten, müssen deren besondere Sensibilität berücksichtigen, dürfen deren Interessen nicht beeinträchtigen und ihnen keinen Schaden zufügen.

Sie unterliegen aus Schutzgründen folgenden Kriterien:

1. sie dürfen die Minderjährigen nicht direkt auffordern, bestimmte Erzeugnisse oder Dienstleistungen zu erwerben, indem sie ihre Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit ausnutzen;
2. sie dürfen die Minderjährigen nicht direkt auffordern, ihre Eltern oder Drittpersonen zum Erwerb bestimmter Erzeugnisse oder Dienstleistungen zu bewegen;
3. sie dürfen nicht das besondere Vertrauen ausnutzen, das Minderjährige zu Eltern, Lehrern und anderen Vertrauenspersonen haben;
4. sie dürfen Minderjährige nicht ohne berechtigten Grund in gefährlichen Situationen zeigen.

Teleshopping darf zudem Minderjährige nicht dazu anhalten, Kauf- oder Mietverträge für Waren oder Dienstleistungen zu schließen.

Art. 13 - Gesponserte Programme müssen folgenden Anforderungen genügen:

1. Inhalt und Programmplatz einer gesponserten Sendung dürfen vom Sponsor auf keinen Fall in der Weise beeinflusst werden, dass die Verantwortung und die redaktionelle Unabhängigkeit des Fernsehveranstalters in Bezug auf die Sendungen angetastet werden.
2. Sie sind als Sponsorprogramme durch den Namen und/oder das Firmenemblem des Sponsors am Programmstart und/oder Programmende eindeutig zu kennzeichnen.
3. Sie dürfen nicht zum Kauf oder zur Anmietung von Erzeugnissen oder zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Sponsors oder eines Dritten, insbesondere durch spezifische verkaufsfördernde Hinweise auf diese Erzeugnisse oder Dienstleistungen anregen.

Die Sendungen dürfen nicht von natürlichen oder juristischen Personen gesponsert werden, deren wesentliche Tätigkeit die Herstellung oder der Verkauf von Erzeugnissen oder die Einbringung von Dienstleistungen ist, für die die Werbung gemäß Artikel 9 und Artikel 10 Absatz 1 verboten ist.

Nachrichtensendungen und Sendungen zur politischen Information dürfen nicht gesponsert werden.

Art. 14 - § 1 - Der Anteil an Sendezeit für Teleshopping-Spots, Werbespots und andere Formen der Werbung darf mit Ausnahme von den in § 2 angeführten Teleshopping-Fenstern 20% der täglichen Sendezeit nicht überschreiten. Die Sendezeit für Werbespots darf 15 % der täglichen Sendezeit nicht überschreiten.

Der Anteil für Werbespots und Teleshopping-Spots darf innerhalb einer Stunde, gerechnet ab einer vollen Stunde, nicht 20 % überschreiten. Dies gilt nicht für reine Teleshoppingprogramme.

Gelten nicht als Werbung im Sinne der vorhergehenden Absätze:

1. Hinweise des Fernsehveranstalters auf eigene Programme und auf Begleitmaterialien, die direkt von diesen Programmen abgeleitet sind;
2. Beiträge im Dienst der Öffentlichkeit und kostenlose Spendenaufrufe zu Wohlfahrtszwecken.

§ 2 - Teleshopping-Fenster, die nicht von einem reinen Teleshoppingprogramm gesendet werden, müssen eine Mindestdauer von 15 Minuten ohne Unterbrechung haben.

Es sind höchstens acht solcher Fenster täglich zulässig und ihre Dauer darf drei Stunden pro Tag nicht überschreiten.

Die Fenster müssen optisch und akustisch klar als Teleshopping-Fenster gekennzeichnet sein.

Abschnitt 3 — Bestimmungen bezüglich der Fernsehprogramme

Art. 15 - Den Fernsehveranstaltern ist es untersagt, folgende Sendungen auszustrahlen:

1. diejenigen, die die Gesetze verletzen und solche, die die Staatssicherheit, die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten gefährden oder einen ausländischen Staat beleidigen;

2. diejenigen, die die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung von Minderjährigen ernsthaft beeinträchtigen können, insbesondere solche, die Pornografie oder grundlose Gewalttätigkeiten zeigen. Diese Bestimmung gilt auch für die anderen Programme, die die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung von Minderjährigen beeinträchtigen können, es sei denn, es wird durch die Wahl der Sendezeit oder durch sonstige technische Maßnahmen dafür gesorgt, dass diese Sendungen von Minderjährigen im Sendebereich üblicherweise nicht gesehen oder gehört werden. Die Ausstrahlung dieser Programme, sofern sie in unverschlüsselter Form gesendet werden, wird zusätzlich durch akustische Zeichen angekündigt und durch optische Mittel während der gesamten Sendung kenntlich gemacht;

3. diejenigen, die zu Hass auf Grund von Rasse, Geschlecht, Religion oder Nationalität aufstacheln.

Art. 16 - Die Fernsehveranstalter strahlen Kinospielefilme nicht zu anderen als den mit den Rechtsinhabern vereinbarten Zeiten aus.

Art. 17 - Kapitel II und III des Gesetzes vom 23. Juni 1961 über das Antwortrecht, eingefügt durch das Gesetz vom 4. März 1977, finden Anwendung auf die Programme der Fernsehveranstalter und des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 18 - § 1 - Die Regierung kann eine Liste der Ereignisse erstellen, die von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung sind und daher nicht auf Ausschließlichkeitsbasis in der Weise übertragen werden, dass einem bedeutenden Teil der Öffentlichkeit die Möglichkeit vorenthalten wird, das Ereignis im Wege direkter oder zeitversetzter Berichterstattung in einer frei zugänglichen Sendung zu verfolgen.

Die Regierung bestimmt, ob diese Ereignisse im Wege direkter Gesamt- oder Teilberichterstattung oder, falls im öffentlichen Interesse aus objektiven Gründen erforderlich oder angemessen, im Wege zeitversetzter Gesamt- oder Teilberichterstattung verfügbar sein sollen.

§ 2 - Den Fernsehveranstaltern ist es untersagt, die erworbenen ausschließlichen Rechte in der Weise auszuüben, dass einem bedeutenden Teil der Öffentlichkeit in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft die Möglichkeit vorenthalten wird, die von diesem Mitgliedstaat bezeichneten Ereignisse, die im Europäischen Amtsblatt veröffentlicht worden sind, als direkte Gesamt- oder Teilberichterstattung oder, falls im öffentlichen Interesse aus objektiven Gründen erforderlich oder angemessen, als zeitversetzte Gesamt- oder Teilberichterstattung in einer frei zugänglichen Fernsehsendung zu verfolgen.

KAPITEL III. — *Andere Dienste*

Art. 19 - Die Regierung kann juristischen Personen die Genehmigung erteilen, andere Rundfunkdienste als Hörfunk- und Fernsehprogramme auszustrahlen.

Diese Dienste können ganz oder teilweise in Form von verschlüsselten Signalen ausgestrahlt werden. Der Empfang kann gebührenpflichtig sein.

Die Regierung legt die Bedingungen und Modalitäten zur Genehmigung anderer Dienste als Hörfunk- und Fernsehprogramme fest.

KAPITEL IV. — *Die Kabelnetze*

Art. 20 - § 1 - Niemand darf im deutschen Sprachgebiet ein Kabelnetz errichten oder nutzen, ohne eine schriftliche Genehmigung der Regierung erhalten zu haben.

§ 2 - Um die Genehmigung zu erhalten, ein Kabelnetz zu errichten oder zu nutzen, muss man:

1. eine juristische Person sein;

2. bei der Regierung einen Antrag einreichen, der alle notwendigen Dokumente enthält, die Satzungen, die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre, die genaue Zusammensetzung des Aktienkapitals sowie der Verwaltungsorgane, die Liste der Hörfunk- und Fernsehprogramme, die man zu übertragen beabsichtigt sowie deren Übertragungsfrequenz, die Angaben der möglichen Dienstleistungen, die neben der Übertragung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen erbracht werden, die mögliche Vernetzung mit anderen Kabelnetzen, die Tarife und Gebühren sowie die Gesamtheit der Angaben, die eine Bearbeitung des Antrags ermöglichen, einbezogen.

§ 3 - Die Errichtung und Nutzung von Kollektivantennen ist nicht genehmigungspflichtig, insofern ausschließlich Besitzer von Empfangsgeräten diese Antennen gebrauchen, die:

1. Zimmer und Wohnungen desselben Gebäudes bewohnen;

2. Gebäudegruppen bewohnen, die aus höchstens 50 Gebäuden bestehen und die demselben Eigentümer gehören;

3. zusammenliegende Wohnungen bewohnen, deren Anzahl 50 nicht übersteigt;

4. Wohnwagen oder Stellplätze desselben Campingplatzes benutzen.

§ 4 - Die Genehmigung gilt bis zum Ende des zwölften Ziviljahres, das dem der Erteilung der Genehmigung folgt. Sie wird jedes Mal stillschweigend um weitere 6 Jahre verlängert, insofern die Regierung sie nicht aufkündigt oder der Kabelverteiler keine Verzichtleistung übermittelt. Kündigung oder Verzichtleistung müssen per Einschreibebrief im Laufe des ersten Semesters des letzten Gültigkeitsjahres zugestellt werden.

Die juristischen Personen, die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des vorliegenden Dekrets bereits ein Kabelnetz nutzen, müssen innerhalb einer Zeitspanne von 12 Monaten die in § 1 angeführte Genehmigung seitens der Regierung erhalten, andernfalls dürfen sie das Kabelnetz nach Ablauf dieser Frist nicht weiternutzen.

§ 5 - Die Genehmigung ist persönlich, eine Weitervergabe an Drittpersonen ist ausschließlich mit dem vorherigen schriftlichen Einverständnis der Regierung möglich.

§ 6 - Die Regierung legt das Genehmigungsverfahren fest.

Art. 21 - § 1 - Die zur Errichtung eines Kabelnetzes befugten Personen haben das Recht, zu ihren Lasten auf oder unter dem zum öffentlichen Eigentum gehörenden Plätzen, Straßen, Wegen, Pfaden, Wasserläufen und Kanälen alle Arbeiten in Verbindung mit dem Anlegen und dem Unterhalt der Kabel und konnexen Ausrüstungen ihrer Kabelnetze durchführen zu lassen, unter der Bedingung, dass sie sich nach den Gesetzen und Erlassen mit Bezug auf die Nutzung des öffentlichen Eigentums richten und dessen Verwendungszweck einhalten.

Vor Inanspruchnahme dieses Rechts müssen die befugten Personen der öffentlichen Behörde, die Eigentümerin ist, den Trassenverlauf und die Einzelheiten bezüglich der Installation der Träger zwecks Begutachtung unterbreiten. Diese Behörde muss innerhalb von drei Monaten nach dem Datum des Versands des Trassenverlaufs ein Gutachten abgeben und der betroffenen Person ihre Entscheidung mitteilen. Nach Ablauf dieser Frist wird das Stillschweigen der Behörde als Einwilligung gewertet. In Ermangelung einer Antwort seitens der Behörde innerhalb dieser Frist gilt der Antrag als gutgeheißen. Im Falle einer anhaltenden Anfechtung wird durch Regierungserlass darüber entschieden.

Die zuständige Behörde hat auf jeden Fall das Recht, im Nachhinein die Bestimmungen oder den Trassenverlauf einer Installation sowie die damit verbundenen Arbeiten auf ihrem jeweiligen Eigentum abändern zu lassen. Werden die Änderungen entweder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, zwecks Erhalt einer Landschaft, im Interesse des Wegenetzes, der Wasserläufe, der Kanäle oder eines öffentlichen Dienstes, oder aber als Folge einer von den Anliegern vorgenommenen Änderung an den Zufahrten zum Privateigentum entlang der benutzten Verkehrswege auferlegt, so gehen die Kosten dieser Arbeiten zulasten des Kabelnetzbetreibers. In den anderen Fällen sind sie zulasten der Behörde, die die Änderungen auferlegt. Diese kann einen vorherigen Kostenanschlag verlangen und bei Uneinigkeit die Arbeiten in Eigenregie ausführen lassen.

§ 2 - Die zur Errichtung eines Kabelnetzes befugten Personen haben ebenfalls das Recht, Halterungen und Verankerungen für die Kabel und konnexen Ausrüstungen ihrer Kabelnetze auf Mauern und Fassaden anzubringen, die entlang öffentlicher Verkehrswege stehen, und ihre Kabel auf einem offenen und unbebauten Grundstück zu verlegen oder sie freihängend über Privateigentum anzubringen.

Die Arbeiten dürfen erst in Angriff genommen werden, nachdem den Eigentümern laut Katasterangaben, den Mietern und Bewohnern eine vorschriftsmäßige schriftliche Mitteilung gemacht wurde.

Die Ausführung dieser Arbeiten hat keinerlei Besitzentziehung zur Folge.

Das Anbringen von Halterungen und Verankerungen auf Mauern oder Fassaden darf den Eigentümer nicht in seinem Recht behindern, sein Eigentum abzubrechen oder instandzusetzen.

Unterirdisch verlegte Kabel und die auf einem offenen und unbebauten Gelände angebrachten Halterungen müssen auf Antrag des Eigentümers entfernt werden, wenn dieser von seinem Recht Gebrauch macht, zu bauen oder sich einzufrieden. Die Kosten zum Entfernen der Vorrichtungen gehen zulasten des Kabelnetzbetreibers. Der Eigentümer muss den Betreiber allerdings drei Monate vor Inangriffnahme der in den Absätzen 4 und 5 erwähnten Arbeiten per Einschreibebrief darüber informieren.

§ 3 - Die sich aus dem Anlegen oder Betreiben eines Kabelnetzes ergebenden Schäden gehen voll und ganz zulasten des Genehmigungsinhabers, der weiterhin für alle nachteiligen Folgen gegenüber Dritten verantwortlich zeichnet.

§ 4 - Der Kabelnetzbetreiber ist verpflichtet, jedem Antrag des Belgischen Instituts für Postdienste und das Fernmeldewesen oder jedwelcher Stromverteilergesellschaft, der darauf abzielt, Störungen oder schädliche Einflüsse in der Arbeitsweise der Telefon-, Telegraf- oder Stromverteilungsanlagen zu unterbinden, unverzüglich Folge zu leisten. Wird dieser Aufforderung nicht nachgekommen, werden die für erforderlich erachteten Maßnahmen einschließlich Umlegen der Kabel und konnexen Ausrüstungen von den betroffenen Diensten oder Unternehmen zulasten und auf Rechnung und Gefahr des Betreibers angeordnet.

Art. 22 - § 1 - Insofern sie gemäß dem Gesetz vom 30. Juni 1994 über die Urheberrechte und die verwandten Rechte die erforderlichen Genehmigungen von den Anspruchsberechtigten erhalten haben, dürfen die Kabelnetzbetreiber:

1. Programme der Fernsehveranstalter, die von einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem anderen Staat, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, oder einer zuständigen belgischen Behörde genehmigt wurden, frei ausstrahlen.

2. die von einem Nichtmitgliedstaat der Europäischen Union genehmigten Programme der Fernsehveranstalter ausstrahlen, die nicht unter die Zuständigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft oder eines anderen Staates, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, fallen, falls sie die Regierung im Voraus informieren. Die Regierung verfügt über eine Frist von sechzig Tagen, um sich der Ausstrahlung eines Programmes zu widersetzen, wenn sich diese Maßnahme als erforderlich erweist für die Sicherheit des Landes, die territoriale Integrität oder die öffentliche Sicherheit, die Wahrung der Ordnung und die Vorbeugung von Verbrechen, den Schutz der Gesundheit und der Moral, die Wahrung des guten Rufes oder der Rechte von Dritten, um die Verbreitung von vertraulichen Informationen zu verhindern oder die Autorität und die Unparteilichkeit der richterlichen Gewalt zu gewährleisten oder wenn ein Verstoß gegen die Bestimmungen von Artikel 15 vorliegt.

§ 2 - Die Kabelnetzbetreiber dürfen Hörfunkprogramme ausstrahlen sowie andere Dienstleistungen als die Übertragung der Programme von Fernsehveranstaltern und Hörfunkveranstaltern erbringen, falls sie die Regierung im Voraus informieren. Die Regierung verfügt über eine Frist von sechzig Tagen, um sich dem zu widersetzen, wenn sich diese Maßnahme als erforderlich erweist für die Sicherheit des Landes, die territoriale Integrität oder die öffentliche Sicherheit, die Wahrung der Ordnung und die Vorbeugung von Verbrechen, den Schutz der Gesundheit und der Moral, die Wahrung des guten Rufes oder die Rechte von Dritten, um die Verbreitung von vertraulichen Informationen zu verhindern oder die Autorität und die Unparteilichkeit der richterlichen Gewalt zu gewährleisten oder wenn ein Verstoß gegen Artikel 15 vorliegt.

Art. 23 - § 1 - Die Regierung kann die vorübergehende Aussetzung der Weiterverbreitung von Fernsehsendungen aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union über ein Kabelnetz anordnen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. eine Fernsehsendung verstößt in offensichtlicher, ernster und schwerwiegender Weise gegen Artikel 15 Nummer 2 erster und zweiter Satz und Nummer 3;

2. der Fernsehveranstalter hat während der vorangegangenen 12 Monate bereits mindestens zweimal gegen die in Nummer 1 angeführte Vorschrift verstoßen;

3. die Regierung hat dem Fernsehveranstalter und der Europäischen Kommission schriftlich die behaupteten Verstöße sowie die für den Fall erneuter Verstöße beabsichtigten Maßnahmen mitgeteilt;

4. die Konsultationen mit dem Staat, der die Sendung verbreitet, und der Europäischen Kommission haben innerhalb von 15 Tagen ab der in Nummer 3 genannten Mitteilung zu keiner gütlichen Regelung geführt und es kommt zu einem erneuten Verstoß.

Die vorübergehende Aussetzung endet, sobald die Europäische Kommission sie als mit dem Gemeinschaftsrecht unvereinbar erklärt.

§ 2 - Die Regierung kann ein Verbot der Weiterverbreitung von Fernsehprogrammen aus einem Staat anordnen, der weder Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft noch Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, wenn einer der in Artikel 22 § 1 Nummer 2 angeführten Widersetzungsgründe vorliegt.

§ 3 - Die Regierung kann ein Verbot der Weiterverbreitung von Hörfunkprogrammen und der Erbringung anderer Dienstleistungen anordnen, wenn einer der in Artikel 22 § 2 vorgesehenen Widersetzungsgründe vorliegt.

Art. 24 - § 1 - Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 22 sind die Betreiber der Kabelnetze verpflichtet, folgende Programme zum Zeitpunkt ihrer Ausstrahlung vollständig zu übertragen:

1. die Programme des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Handelsgesellschaften, mit denen das Zentrum ein Zusammenarbeitsabkommen geschlossen hat oder an deren Kapital es direkt oder indirekt beteiligt ist;

2. die Hörfunkprogramme der von der Regierung genehmigten Regionalsender und die von der Regierung genehmigten Fernsehprogramme;

3. die Hörfunk- und Fernsehprogramme der öffentlich-rechtlichen Hörfunk- und Fernsehveranstalter der Französischen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft;

4. das Programm des Offenen Kanals.

§ 2 - Nach Konzertierung mit den Kabelnetzbetreibern kann die Regierung diese dazu verpflichten, weitere von der Regierung bezeichnete Hörfunk- und Fernsehprogramme auszustrahlen sowie andere von der Regierung bezeichnete Dienste als die Übertragung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen anzubieten.

Die Gesamtzahl der in § 1 und § 2 Absatz 1 auszustrahlenden Programme darf die Hälfte der auf Grund der technischen Kapazitäten verfügbaren Programmplätze nicht übersteigen.

KAPITEL V. — *Offener Kanal*

Art. 25 - § 1 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft richtet einen Offenen Kanal unter eigener Trägerschaft ein.

Die technische und organisatorische Durchführung des Offenen Kanals wird einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungszweck übertragen, die allen philosophischen und ideologischen Tendenzen offen steht.

Die Satzungen der Vereinigung müssen der Regierung zwecks Billigung vorgelegt werden.

§ 2 - Der Offene Kanal gibt natürlichen und juristischen Personen die Möglichkeit, in eigener Verantwortung zeitlich begrenzte Fernsehbeiträge zu verbreiten.

Zu diesem Zweck bietet der Offene Kanal produktionstechnische und organisatorische Hilfe, Beratung oder deren Vermittlung an und stellt Produktionsmittel zur Verfügung.

Darüber hinaus kann die Regierung den Offenen Kanal im Rahmen des medienpädagogischen Konzeptes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit entsprechenden Aufgaben betrauen.

Die Beiträge werden unentgeltlich erbracht und dürfen keine Werbung beinhalten. Gesponserte Beiträge sind unzulässig. Die Beiträge dürfen nicht gegen die Bestimmungen von Artikel 15 verstoßen. Name und Wohnort beziehungsweise Gesellschaftssitz des oder der verantwortlichen Personen sind am Anfang und am Ende eines Beitrages anzugeben.

§ 3 - Nutzungsberechtigt ist, wer im deutschen Sprachgebiet seinen Wohnsitz, seinen Gesellschaftssitz, seine Arbeitsstätte oder seinen Ausbildungsort hat. Die Regierung kann im Rahmen der Förderung interregionaler und internationaler Beziehungen die Nutzungsberechtigung erweitern.

Von der Nutzungsberechtigung ausgeschlossen sind Fernseh- und Hörfunkveranstalter, staatliche und kommunale Einrichtungen und Behörden sowie politische Parteien.

§ 4 - Die Regierung legt eine Nutzungsordnung fest.

Die Nutzungsordnung gewährleistet:

1. den freien und gleichberechtigten Zugang sowie die freie und gleichberechtigte Nutzung, wobei grundsätzlich die Verbreitung der Beiträge in der Reihenfolge der Beantragung erfolgt;

2. das Recht auf Gegendarstellung gemäß Kapitel II und III des Gesetzes vom 23. Juni 1961 über das Antwortrecht, eingefügt durch das Gesetz vom 4. März 1977, wobei der Anspruch auf Gegendarstellung an den für den Beitrag verantwortlichen Nutzungsberechtigten zu richten ist.

§ 5 - Die in § 1 Absatz 2 angeführte Vereinigung ohne Gewinnerzielungszweck legt der Regierung jährlich einen Tätigkeitsbericht vor.

KAPITEL VI. — *Technische Normen und Verbreitungsinfrastrukturen*

Abschnitt 1 — Zugangsberechtigungssysteme

Art. 26 - Alle Kundengeräte, die verkauft, vermietet oder in anderer Weise zur Verfügung gestellt werden und die verwürfelte digitale Fernsehsignale dekodieren können, müssen in der Lage sein:

1. diese Signale entsprechend dem gemeinsamen europäischen Verwüfungs-Algorithmus, für den eine anerkannte europäische Normenorganisation als Verwalter fungiert, zu dekodieren;

2. Signale, die unverschlüsselt übertragen worden sind, wiederzugeben, vorausgesetzt, dass der Mieter bei gemieteten Geräten die einschlägige Mietvereinbarung einhält.

Art. 27 - Zugangsberechtigungssysteme müssen die erforderlichen technischen Möglichkeiten für eine kostengünstige Übergabe der Kontrollfunktion an den Kopfstellen der Kabelnetze aufweisen, um den Kabelnetzbetreibern eine Kontrolle des Zugangs ihrer Kunden zu digitalen Fernsehdiensten auf Grund ihres eigenen Zugangsberechtigungssystems zu ermöglichen.

Art. 28 - Die Anbieter von Diensten mit Zugangsberechtigungssystemen, die Zugangsdienste zu digitalen Fernsehdiensten herstellen und vermarkten, bieten allen Fernsehveranstaltern auf Anfrage zu chancengleichen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen technische Dienste an, die es gestatten, deren digitale Fernsehdienste von zugangsberechtigten Zuschauern mithilfe von Dekodern zu empfangen, die von den Anbietern verwaltet werden.

Falls der Anbieter andere Tätigkeiten ausübt, muss er eine getrennte Rechnungsführung für die in Absatz 1 angeführte Tätigkeit haben.

Art. 29 - Inhaber von Industrieigentumsrechten an Zugangsberechtigungssystemen und -produkten müssen Lizenzen an Hersteller von Kundengeräten zu chancengleichen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen vergeben.

Die Vergabe von Lizenzen, bei der technische und handelspezifische Faktoren zu berücksichtigen sind, darf von den Rechtsinhabern nicht an Bedingungen geknüpft werden, mit denen der Einbau

1. entweder einer gemeinsamen Schnittstelle, die den Anschluss mehrerer anderer Zugangssysteme ermöglicht,

2. oder von Elementen, die einem anderen Zugangssystem eigen sind, falls der Lizenznehmer die vernünftigen und angemessenen Bedingungen einhält, mit denen die Sicherheit der Transaktionen der Anbieter von Zugangsbechtigungssystemen sichergestellt ist,

in ein Gerät untersagt, verhindert oder entmutigt werden soll.

Abschnitt 2 — Technische Normen

Art. 30 - Für die Fernsehdienste aller anerkannten Fernsehveranstalter und des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gilt Folgendes:

1. für Dienste im Breitbildschirmformat mit 625 Zeilen, die nicht volldigital sind, wird das 16:9-D2-MAC-Übertragungssystem oder ein 16:9-Übertragungssystem verwendet, das mit PAL oder SECAM voll kompatibel ist;

2. für hochauflösende Dienste, die nicht volldigital sind, wird das HD-MAC-Übertragungssystem verwendet;

3. für volldigitale Dienste wird ein von einer anerkannten europäischen Normungsorganisation genormtes Übertragungssystem verwendet.

Kabelverteilernetze, die Fernsehdienste im Breitbildschirmformat 16:9 empfangen, sei es digital oder nicht, müssen diese mindestens im Breitbildformat 16:9 weiterverteilen.

Art. 31 - Zum Verkauf oder zur Miete angebotene Fernsehgeräte mit einem integrierten Bildschirm, dessen sichtbare Bildschirmdiagonale 42 cm überschreitet, müssen mindestens mit einer von einer anerkannten europäischen Normungsorganisation genormten Anschlussbuchse für offene Schnittstellen ausgerüstet sein, die den Anschluss von Peripheriegeräten, insbesondere von zusätzlichen Dekodern und Digitaempfängern, ermöglicht.

Abschnitt 3. — Konzession technischer Verbreitungsinfrastrukturen

Art. 32 - § 1 - Die Regierung darf einem Fernsehveranstalter, der zur Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft, einer anderen Behörde Belgiens, eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft oder eines Staates, der Partei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, gehört, eine Konzession für technische Verbreitungsinfrastrukturen, über die sie verfügt, erteilen.

Stehen für die Konzession ein und derselben technischen Verbreitungsinfrastruktur mehrere Bewerber im Wettbewerb miteinander, wird die Regierung der Qualität des Projektes, dem angebotenen Preis sowie der Vereinbarkeit des Projektes mit der harmonischen Entwicklung des Audiovisuellen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in der Europäischen Gemeinschaft und im Europäischen Wirtschaftsraum Rechnung tragen.

Die Konzession für technische Verbreitungsinfrastrukturen darf nur für eine Höchstdauer von neun Jahren erteilt werden. Sie kann erneuert werden.

Die Konzession ist persönlich, eine Weitervergabe an Drittpersonen ist ausschließlich mit dem vorherigen schriftlichen Einverständnis der Regierung möglich.

§ 2 - Die Regierung legt das Genehmigungsverfahren fest.

KAPITEL VII. — Hörfunkveranstalter

Abschnitt 1. — Allgemeine Bestimmungen

Art. 33 - Vorliegender Abschnitt findet Anwendung auf die Hörfunkprogramme der Privatsender sowie die Hörfunkprogramme des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 34 - Hörfunkprogramme, die gegen die Bestimmungen von Artikel 15 verstoßen, sind untersagt.

Art. 35 - Kapitel II und III des Gesetzes vom 23. Juni 1961 über das Antwortrecht, eingefügt durch das Gesetz vom 4. März 1977, finden Anwendung auf die Hörfunkprogramme.

Art. 36 - Die Hörfunkprogramme dürfen Werbung enthalten.

Die Werbung muss als solche erkennbar sein und sich auf Grund akustischer Mittel deutlich von den übrigen Programmteilen unterscheiden.

Einzeln gesendete Werbespots müssen die Ausnahme bilden.

In der Werbung dürfen keine subliminalen Techniken eingesetzt werden.

Schleichwerbung ist verboten.

Art. 37 - Die in den Artikeln 7 § 2, 8, 9, 10, 11 und 12 Nummer 1 bis 3 enthaltenen Bedingungen bezüglich der Fernsehwerbung gelten auch für die Werbung, die von Hörfunkveranstaltern ausgestrahlt wird.

Art. 38 - Gesponserte Programme sind unter Beachtung der in Artikel 13 angeführten Bedingungen zulässig.

Abschnitt 2. — Privatsender

Unterabschnitt I. — Allgemeine Bestimmungen

Art. 39 - § 1 - Im deutschen Sprachgebiet dürfen Privatsender nur auf Grund einer Genehmigung seitens der Regierung betrieben werden.

Diese Genehmigung beinhaltet unter anderem:

1. die Zuweisung einer oder mehrerer Frequenzen und deren Gebrauch gemäß den von der Regierung festgelegten Bedingungen,

2. die maximale Ausstrahlungsstärke,

3. die maximale Antennenhöhe oberhalb der durchschnittlichen Höhe des Bodens,

4. die Richtwirkung der Antenne.

§ 2 — Die Regierung legt das Genehmigungsverfahren fest.

Art. 40 - Um eine Genehmigung zu erhalten, muss ein Privatsender folgende Bedingungen erfüllen:

1. Eigentum einer juristischen Person des Privatrechts sein, deren Sitz und deren Sende- und Produktionseinrichtungen sich im deutschen Sprachgebiet innerhalb des Sendebereichs des Senders befinden;

2. durch seine Programmgestaltung:

a) sich der Information widmen, wobei der Meinungsvielfalt und der Ausgewogenheit der Information Rechnung getragen wird;

b) die Unterhaltung und die Erbringung von Dienstleistungen zum Ziel haben, wobei diese Ziele einzeln oder gleichzeitig verfolgt werden können;

3. unabhängig von Arbeitgeber-, von Arbeitnehmerorganisationen oder von politischen Vereinigungen sein;

4. darauf achten, in seinen Programmen und gemäß den von der Regierung festgelegten Bedingungen insbesondere Kultur sowie Künstler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Nachbarregionen aufzuwerten;

5. jährlich einen Tätigkeitsbericht bei der Regierung einreichen;

6. eine Kontrolle durch Beamte des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Funktionsweise des Privatsenders vor Ort jederzeit ermöglichen.

Art. 41 - Die Ausstrahlung der Programme beginnt und endet mit einem Sendezeichen, das auf die Bezeichnung und die Lokalisierung des Privatsenders hinweist sowie Auskunft über die benutzten Frequenzen gibt. Zudem wird dieses Sendezeichen während der Ausstrahlung des Programms in regelmäßigen Abständen wiederholt.

Eine Änderung der Bezeichnung des Privatsenders wird der Regierung zwecks Genehmigung mitgeteilt.

Art. 42 - Nachrichtensendungen müssen objektiv und sachlich sein.

Die Nachrichten müssen auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit überprüft werden.

Kommentare sind eindeutig von Nachrichten zu trennen und ihr Verfasser muss angegeben werden.

Nachrichten müssen in Zusammenarbeit mit Berufsjournalisten oder mit Personen erstellt werden, die unter Bedingungen arbeiten, die es ermöglichen, Berufsjournalist zu werden gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten.

Unterabschnitt II. — Regionalsender

Art. 43 - Unbeschadet Artikel 40 muss ein Regionalsender, um eine Genehmigung zu erhalten, zusätzlich:

1. sich dem Geschehen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in den angrenzenden Regionen widmen;

2. zwischen 6 Uhr und 22 Uhr eine Programmgestaltung vornehmen, die mindestens zu 50% aus Programmen besteht, die von den Mitarbeitern des Regionalsenders ausgearbeitet werden, wobei unmoderierte Musikprogramme nicht als eigene Programme berücksichtigt werden;

3. Nachrichtensendungen erstellen in Zusammenarbeit mit Berufsjournalisten oder mit Personen, die unter den Bedingungen arbeiten, die es ermöglichen, Berufsjournalist zu werden gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten.

Ein Regionalsender strahlt täglich mindestens 8 Nachrichtensendungen aus, deren Dauer mindestens jeweils drei Minuten beträgt.

Art. 44 - Die Genehmigung, einen Regionalsender zu betreiben, gilt bis zum Ende des zwölften Ziviljahres, das dem der Erteilung der Genehmigung folgt. Sie wird jedes Mal stillschweigend um weitere 6 Jahre verlängert, falls die Regierung sie nicht aufkündigt oder der Regionalsender keine Verzichtleistung übermittelt. Kündigung oder Verzichtleistung müssen per Einschreibebrief im Laufe des ersten Semesters des letzten Gültigkeitsjahres zugestellt werden.

Die juristischen Personen, die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des vorliegenden Dekretes bereits einen Regionalsender betreiben, müssen innerhalb einer Zeitspanne von 12 Monaten eine Genehmigung auf der Grundlage des vorliegenden Dekretes einholen.

Unterabschnitt III. — Lokalsender

Art. 45 - § 1 - Die maximale Ausstrahlungsstärke des Lokalsenders darf 1KW nicht übersteigen.

Die maximale Antennenhöhe darf 35 Meter nicht übersteigen.

§ 2 - Die Regierung legt im Rahmen der Genehmigung des Lokalsenders die Größe des Verbreitungsgebietes fest.

§ 3 - Falls besondere topografische Begebenheiten dies erforderlich machen, kann die Regierung von den in § 1 angeführten Höchstwerten abweichen.

Art. 46 - Unbeschadet Artikel 40 muss ein Lokalsender, um eine Genehmigung zu erhalten, zusätzlich:

1. sich dem Geschehen im Einzugsbereich widmen;

2. einen Genehmigungsantrag einreichen, der von mindestens zwei diesbezüglich befugten Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet ist, deren Wohnsitz sich im deutschen Sprachgebiet innerhalb des Sendebereichs befindet;

3. zwischen 6 Uhr und 22 Uhr eine Programmgestaltung vornehmen, die mindestens zu 25 % aus Programmen besteht, die durch die Mitarbeiter des Lokalsenders ausgearbeitet werden, wobei unmoderierte Musikprogramme nicht als eigene Programme berücksichtigt werden. Der restliche Teil des Programms kann entweder in Zusammenarbeit mit anderen genehmigten Lokalsendern produziert werden oder von Drittpersonen zugeliefert werden.

Art. 47 - Die Genehmigung, einen Lokalsender zu betreiben, gilt bis zum Ende des fünften Ziviljahres, das dem der Erteilung der Genehmigung folgt.

Die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des vorliegenden Dekretes gültigen Genehmigungen bleiben bis zu ihrem normalen Ende gültig.

Art. 48 - Vorbehaltlich der in Artikel 46 Nummer 3 angeführten Bedingung über die Eigenproduktionen können verschiedene Lokalsender gleichzeitig dasselbe Programm ausstrahlen.

Unterabschnitt IV. — Bezuschussung der Erstellung von Nachrichten

Art. 49 - § 1 - Privatsender können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen Zuschuss auf Gehälter oder Honorare von Berufsjournalisten oder von Personen erhalten, die im Auftrag des Senders Nachrichtensendungen erstellen und dabei unter den Bedingungen arbeiten, die es ermöglichen, Berufsjournalist zu werden, gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten.

Die auf Grund von Absatz 1 bezuschussten Nachrichtensendungen werden den Lokalsendern unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen zur Verfügung gestellt.

§ 2 - Paragraf 1 gilt nicht für Privatsender, mit denen das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammenarbeitet, falls diese Zusammenarbeit die Form einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung annimmt.

§ 3 - Die Regierung bestimmt die weiteren Bezuschussungsmodalitäten.

KAPITEL VIII. — *Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

Art. 50 - Es wird ein Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft, nachstehend als Rat bezeichnet, geschaffen.

Der Sitz des Rates befindet sich bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 51 - § 1 - Die Regierung bezeichnet ein Mitglied, das den Vorsitz führt.

Die Regierung bezeichnet folgende Mitglieder, die der Gruppe der Medienanbieter angehören:

1. zwei Mitglieder auf Vorschlag des Verwaltungsrates des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

2. zwei Mitglieder auf Vorschlag der genehmigten Lokalsender,

3. jeweils ein Mitglied auf Vorschlag:

a) des Direktionsausschusses des Verbandes belgischer Berufsjournalisten,

b) der in Anwendung des Dekretes vom 7. Februar 1994 über die Hilfe für die Tagespresse anerkannten Presseeinheiten,

c) der genehmigten Fernsehveranstalter,

d) der genehmigten Kabelnetzbetreiber,

e) der in Artikel 25 § 1 Absatz 2 angeführten Vereinigung ohne Gewinnerzielungszweck,

f) der genehmigten Regionalsender.

Die Regierung bezeichnet folgende Mitglieder, die der Gruppe der Mediennutzer angehören:

1. jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag:

a) der repräsentativen Arbeitgeberorganisationen,

b) der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen,

c) der auf dem deutschen Sprachgebiet ansässigen Verbraucherschutzorganisationen;

2. jeweils ein Mitglied auf Vorschlag:

a) des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung,

b) des Rates der deutschsprachigen Jugend,

c) des Seniorenrates,

d) des Jugendhilferates.

§ 2 - Für jedes in § 1 angeführte Mitglied wird ein Ersatzmitglied bezeichnet.

§ 3 - Die im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählten Mandatäre können für die Liste, auf der sie kandidiert haben, eine Vertreterin oder einen Vertreter mit beratender Stimme in den Medienrat entsenden.

§ 4 - Bei der Zusammensetzung des Medienrates ist eine Parität nach Geschlecht anzustreben.

Kann eine Kategorie von Medienanbietern oder von Mediennutzern gemäß § 1 zwei Mitglieder für den Medienrat vorschlagen, so müssen die Mitglieder verschiedenen Geschlechts sein.

Die jeweils vorgeschlagenen Mitglieder und Ersatzmitglieder müssen verschiedenen Geschlechts sein.

§ 5 - Die Dauer des Mandats entspricht der Dauer der Legislaturperiode des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft; das Mandat beginnt im Laufe der drei Monate, die dem Monat der Wahl des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft folgen.

Das Mandat ist erneuerbar.

Art. 52 - Um Mitglied des Rates zu werden und zu bleiben, muss man folgende persönliche Voraussetzungen aufweisen:

1. im Besitz der bürgerlichen und politischen Rechte sein;

2. volljährig sein.

Die Mitgliedschaft ist nicht vereinbar mit der Mitgliedschaft in der Abgeordnetenversammlung, im Senat, in einem Regional- oder Gemeinschaftsrat, im Europäischen Parlament, im Provinzialrat, im Gemeinderat, in der Föderalregierung, in der Regierung einer Region oder Gemeinschaft, im Ständigen Ausschuss des Provinzialrates oder in einem ministeriellen Kabinett; zudem darf ein Mitglied des Rates nicht Provinzgouverneur, Bezirkskommissar oder Bürgermeister sein.

Art. 53 - - Ein Mitglied scheidet aus folgenden Gründen aus dem Rat aus:

1. es weist eine der in Artikel 52 Absatz 1 angeführten persönlichen Voraussetzungen nicht mehr auf oder es liegt eine der in Artikel 52 Absatz 2 angeführten Unvereinbarkeiten vor;

2. es fehlt unentschuldig bei mehr als der Hälfte der Sitzungen pro Jahr;

3. das in Artikel 51 angeführte vorschlagende Organ entzieht das Mandat.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes beendet das Ersatzmitglied das Mandat des ausscheidenden Mitglieds. Die Regierung bezeichnet ein neues Ersatzmitglied.

Art. 54 - § 1 - Der Rat hat folgende Aufgaben:

1. die Abgabe eines vorhergehenden Gutachtens bei Entscheidungen der Regierung:

a) bezüglich der in Artikel 2 angeführten Genehmigung, ein Fernsehprogramm auszustrahlen;

b) bezüglich der Erstellung der in Artikel 18 § 1 angeführten Liste von Ereignissen;

c) bezüglich der in Artikel 19 angeführten Genehmigung anderer Rundfunkdienste als Hörfunk- und Fernsehprogramme.

d) bezüglich der in Artikel 20 angeführten Genehmigung der Errichtung oder Nutzung eines Kabelnetzes;

e) bezüglich der in Artikel 22 § 1 Nummer 2 angeführten Widersetzung der Ausstrahlung eines Fernsehprogramms;

f) bezüglich der in Artikel 22 § 2 angeführten Widersetzung der Ausstrahlung von Hörfunkprogrammen oder der Erbringung anderer Dienstleistungen;

g) bezüglich des in Artikel 23 § 2 angeführten Verbots der Ausstrahlung von Hörfunkprogrammen oder der Erbringung anderer Dienstleistungen;

h) bezüglich der in Artikel 24 § 2 Absatz 1 angeführten Weiterverbreitung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen und des Angebots anderer Dienste in Hörfunk- und Fernsehverteilernetzen;

i) vor der Festlegung der in Artikel 25 § 4 Absatz 1 angeführten Nutzungsordnung;

j) bezüglich der in Artikel 39 angeführten Genehmigung eines Privatsenders;

2. Die Abgabe eines Gutachtens vor der Anwendung einer der in Artikel 63 angeführten Ordnungsstrafen. Der Medienrat gibt ein solches Gutachten ab:

a) aus eigener Initiative, wenn er Verstöße gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes und der Ausführungsbestimmungen feststellt;

b) auf Anfrage der Regierung;

c) auf Anfrage einer natürlichen oder juristischen Person, die auf Verstöße gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes und der Ausführungsbestimmungen hinweist.

Das Gutachten enthält einen begründeten Vorschlag zur möglichen Anwendung einer der in Artikel 63 angeführten Ordnungsstrafen.

3. die Ausarbeitung von Modellentwürfen deontologischer Regelwerke im Medienbereich, unter anderem was den Schutz der Minderjährigen und was die Werbung betrifft. Diese Modellentwürfe werden den verschiedenen Medienanbietern übermittelt.

4. die Abgabe von Gutachten:

a) bezüglich des Inhalts der Programme sowie der allgemeinen Programmgestaltung des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die dem Verwaltungsrat des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt werden, dies in Anwendung des Gesetzes vom 16. Juli 1973 zur Gewährleistung des Schutzes der ideologischen und philosophischen Tendenzen;

b) bezüglich anderer Themen im Medienbereich, die der Rat aus eigener Initiative aufgreift oder die die Regierung dem Rat unterbreitet;

5. das Bearbeiten von Beschwerden, Anregungen und Vorschlägen, die die Medien, Medieneinrichtungen und Medienarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffen und die dem Rat von einer natürlichen oder juristischen Person unterbreitet worden sind.

Neben seiner Gutachterfunktion kann der Rat dabei als Vermittler bei Interessenkonflikten zwischen Medienanbietern und Mediennutzern fungieren.

6. pro Amtszeit die Abfassung eines Berichts über die Medienlandschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der unter anderem die Ausgewogenheit der Programme und die Wahrung der Meinungsvielfalt bezüglich der Programme, die von den Privatsendern und den genehmigten Fernsehveranstaltern ausgestrahlt werden, die Einflüsse der technischen Entwicklung auf die Medienlandschaft sowie die wirtschaftliche Bedeutung der Medienlandschaft behandelt;

7. die jährliche Abfassung eines Tätigkeitsberichts, den der Rat im Laufe des ersten Trimesters des darauf folgenden Jahres der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie dem Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft zukommen lässt.

§ 2 - Die in § 1 Nummer 1 f) und g) sowie Nummer 2 b) angeführten Gutachten werden innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Beantragung abgegeben, andernfalls gelten sie als abgegeben.

Alle anderen in § 1 Nummer 1 angeführten Gutachten werden innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Beantragung abgegeben, andernfalls gelten sie als abgegeben.

Art. 55 - Ein Gutachten wird mit Stimmenmehrheit verabschiedet. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

Liegt innerhalb der Gruppe der Medienanbieter oder der Mediennutzer weder eine Stimmenmehrheit noch eine Stimmengleichheit vor, ist diese Gruppe befugt, ein Minderheitengutachten abzugeben.

Art. 56 - Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung, die von der Regierung genehmigt wird.

Art. 57 - Die Regierung betraut einen Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Ausführung der Sekretariatsarbeiten.

Art. 58 - § 1 - Die Funktionskosten des Rates gehen zulasten des Haushaltes der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 2 - Den Mitgliedern des Rates wird eine Anwesenheitsentschädigung und eine Kilometergeldentschädigung gewährt.

Die Regierung legt die Modalitäten der Gewährung dieser Entschädigungen fest.

KAPITEL IX. — *Kinoanbieter und Filmkontrolle**Abschnitt 1. — Bezuschussung von Kinoanbietern und Förderung von Projekten der Kinoanbieter*

Art. 59 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft fördert die Durchführung der in Absatz 2 Nummer 2 angeführten Projekte der Kinoanbieter, indem sie im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 700.000 Franken gewährt.

Um diesen Zuschuss zu erhalten, müssen die Kinoanbieter folgende Bedingungen erfüllen:

1. jährlich veranstaltet jeder Kinoanbieter mindestens 200 Filmvorführungen im üblichen 35mm Kinoformat;
2. die verschiedenen Kinoanbieter legen ein Abkommen vor, das die Zusammenarbeit insbesondere zwecks jährlicher Durchführung von Filmforen und Filmtagen sowie den Einsatz von mindestens 4 Förderkopien pro Jahr regelt.

Der in Absatz 1 angeführte Zuschuss wird zu gleichen Teilen an die beteiligten Kinoanbieter nach Vorlage der Ausgabenbelege für die Kosten ausgezahlt, die im Rahmen der Durchführung des in Absatz 2 Nummer 2 angeführten Projektes entstanden sind.

Art. 60 - Der in Artikel 59 angeführte Zuschuss wird um höchstens 20% erhöht, wenn die Gemeinde, auf deren Gebiet sich das Filmtheater des Kinoanbieters befindet, sich im Rahmen eines Abkommens mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der Finanzierung der Infrastruktur-, der Funktions- oder der Personalkosten beteiligt, die dem Kinoanbieter im Zusammenhang mit dem Betrieb des Filmtheaters entstehen.

Art. 61 - Die Regierung kann die in Artikel 59 und 60 festgelegten Zuschussbeträge zwecks Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten multiplizieren.

Abschnitt 2. — Filmkontrolle

Art. 62 - In Artikel 2 des Gesetzes vom 1. September 1920 über das Verbot des Zugangs zu Kinosälen für Minderjährige unter 16 Jahren wird folgender Absatz hinzugefügt:

« Falls ein Film in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union für Minderjährige unter 16 Jahren durch die zuständige Behörde als zugänglich erklärt worden ist und dies durch den Kinoanbieter belegt werden kann, gilt die in Absatz 1 erwähnte Erlaubnis als erteilt. »

KAPITEL X. — *Strafen**Abschnitt 1. — Ordnungsstrafen*

Art. 63 - Bei Nichtbeachtung des vorliegenden Dekretes und seiner Ausführungsbestimmungen kann die Regierung Fernsehveranstalter, das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgenommen, Errichtern und Betreibern der Kabelnetze sowie Privatsendern nach Anhörung sowie nach Gutachten des Medienrates die Zahlung einer Ordnungsstrafe von 100.000 bis zu 1.000.000 Franken auferlegen.

Die Regierung kann ebenfalls die Genehmigung vorübergehend aussetzen, verkürzen oder entziehen. Der Inhaber der Genehmigung wird vorher angehört. In diesem Fall kann die Beschlagnahme der technischen Sendeausrüstung angeordnet werden.

Die Regierung bezeichnet einen Beamten, der mit der Eintreibung der fälligen Strafe und mit der Beschlagnahme beauftragt ist. Er ist befugt, einen Vollstreckungstitel zu erstellen, der innerhalb von 8 Tagen nach der Zustellung an den Schuldner der Strafe rechtskräftig wird. Der Gerichtsvollzieher nimmt die Vollstreckung in den im Gerichtsgesetzbuch vorgesehenen Formen vor.

Abschnitt 2. — Strafmaßnahmen

Art. 64 - Wird mit einer Strafe von 100 bis zu 100.000 Franken belegt:

1. derjenige, der wissentlich Hörfunk- oder Fernsehprogramme ausstrahlt, ohne im Besitz der erforderlichen Genehmigung zu sein, oder dessen Genehmigung ausgesetzt oder entzogen wurde;
2. derjenige, der wissentlich ein Kabelnetz errichtet oder nutzt, ohne im Besitz der erforderlichen Genehmigung zu sein, oder dessen Genehmigung ausgesetzt oder entzogen wurde.

Art. 65 - - Derjenige, der Werbung, Teleshopping oder gesponserte Programme ausstrahlt, die gegen die Artikel 6 bis 14 des vorliegenden Dekrets verstoßen, wird mit einer Strafe von 100 bis zu 100.000 Franken belegt.

Art. 66 - Derjenige, der Hörfunk- oder Fernsehprogramme ausstrahlt, die gegen Artikel 15 des vorliegenden Dekretes verstoßen, wird mit einer Strafe von 500 bis zu 500.000 Franken belegt.

Art. 67 - Die Bestimmungen von Buch I des Strafgesetzbuches, einschließlich Kapitel VII und Artikel 85 sind anwendbar auf die in Artikel 64 bis 66 angeführten Delikte.

KAPITEL XI. — *Aufhebungsbestimmungen*

Art. 68 - Kapitel II und Kapitel III des Gesetzes vom 6. Februar 1987 über Radio- und Fernsehverteilernetze und über kommerzielle Werbung in Radio und Fernsehen wird aufgehoben.

Art. 69 - Das Dekret vom 16. Juni 1986 zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen für freie lokale Rundfunksender wird aufgehoben.

Art. 70 - Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3 des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch das Dekret vom 16. Oktober 1995, werden aufgehoben.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 26. April 1999

J. MARAITE,

Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales.

W. SCHRÖDER,

Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften.

—
Note

(1) *Sitzungsperiode 1998-1999.*

Dokumente des Rates. — Dekretentwurf, 129 (1998-1999) Nr. 1 — Abänderungsvorschläge, 129 (1998-1999) Nr. 2-6 Bericht, 129 (1998-1999) Nr. 7 — Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuß angenommenen Text, 129 (1998-1999) Nr. 8.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 26. April 1999.

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 99 — 2404

[C - 99/33088]

26 AVRIL 1999. — Décret sur les médias (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE Ier. — *Définitions*

Article 1^{er}. Pour l'application du présent décret, on entend par :

- 1° Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;
- 2° Service de radiodiffusion : service visant la transmission, avec ou sans fil, terrestre ou par satellite, de représentations verbales, sonores ou visuelles de toute nature destinées au public. Le service peut comprendre des émissions sonores, télévisées ou autres. La notion inclut la communication à d'autres organismes en vue d'une rediffusion à l'intention du public;
- 3° Radiodiffusion télévisuelle : émission primaire, avec ou sans fil, terrestre ou par satellite, codée ou non de programmes télévisés destinés au public. Est visée la communication de programmes à d'autres organismes en vue d'une rediffusion à l'intention du public. Ne sont pas visés les services de communications fournissant, sur appel individuel, des informations ou d'autres prestations, tels que les services de télécopie, les banques de données électroniques et autres services similaires;
- 4° Organisme de radiodiffusion télévisuelle : personne morale qui a la responsabilité éditoriale de programmes télévisés et les transmet;
- 5° Programme télévisé : l'ensemble des émissions diffusées sous une dénomination commune par un organisme de radiodiffusion télévisuelle;
- 6° Chaîne ouverte : programme télévisé mis au point par des personnes physiques ou morales, en ce qu'elles transmettent - sous leur propre responsabilité - des contributions télévisuelles d'une durée limitée, ces personnes ayant la garantie d'un accès libre et équitable;
- 7° Organisme de radiodiffusion sonore : personne morale qui a la responsabilité éditoriale de programmes sonores et les transmet;
- 8° Radio privée : organisme de radiodiffusion sonore de droit privé;
- 9° Radio régionale : organisme de radiodiffusion sonore de droit privé qui s'adresse à un public régional;
- 10° Radio locale : organisme de radiodiffusion sonore de droit privé qui s'adresse à un public limité dans l'espace;
- 11° Programme sonore : l'ensemble des émissions diffusées sous une dénomination commune par un organisme de radiodiffusion sonore;
- 12° Publicité : toute forme de message diffusé à la radio ou à la télévision contre rémunération ou paiement similaire par un organisme de droit public ou privé dans le cadre d'une activité commerciale, industrielle, artisanale ou de profession libérale dans le but de promouvoir la fourniture, contre paiement, de biens ou de services, y compris les biens immeubles, les droits et les obligations;
- 13° Publicité clandestine : présentation verbale ou visuelle de marchandises, de services, du nom, de la marque ou des activités d'un producteur de marchandises ou d'un prestataire de services dans des programmes télévisés ou sonores, lorsque cette présentation est faite de façon intentionnelle par l'organisme de radiodiffusion télévisuelle ou l'organisme de radiodiffusion sonore dans un but publicitaire et risque d'induire le public en erreur sur la nature de cette présentation. Une présentation verbale ou visuelle est considérée intentionnelle, notamment lorsqu'elle est faite contre rémunération ou paiement similaire;
- 14° Parrainage : toute contribution d'une entreprise publique ou privée n'exerçant pas d'activités de production d'oeuvres audiovisuelles, au financement de programmes télévisés ou sonores, dans le but de promouvoir son nom, sa marque, son image, ses activités ou ses réalisations;
- 15° Télé-achat : les émissions qui, contre paiement, proposent directement au public des biens et services, y compris des biens immeubles, des droits et des obligations;

16° Œuvres européennes : les œuvres originales d'Etats membres, les œuvres originales d'Etats tiers européens parties à la convention européenne sur la télévision transfrontalière du Conseil de l'Europe, ainsi que les œuvres originales d'autres Etats tiers européens, si ces Etats ne pratiquent aucune discrimination à l'égard des œuvres originales des Etats membres de l'Union.

Sont considérées comme œuvres originales d'Etats membres ou originales d'Etats tiers européens parties à la convention européenne sur la télévision transfrontalière du Conseil de l'Europe les œuvres qui sont réalisées essentiellement avec le concours d'un ou de plusieurs auteurs et de travailleurs résidant dans ces Etats et qui répondent à l'une des trois conditions suivantes :

- a) elles ont été réalisées par un ou des producteur(s) établi(s) dans un ou plusieurs de ces Etats;
- b) la production de ces œuvres est supervisée et effectivement contrôlée par un ou plusieurs producteur(s) établi(s) dans un ou plusieurs de ces Etats;
- c) la contribution des coproducteurs de ces Etats est majoritaire dans le coût total de la production, et la coproduction n'est pas contrôlée par un ou plusieurs producteur(s) établi(s) en dehors de ces Etats.

Sont considérées comme œuvres originales d'autres Etats tiers européens les œuvres qui sont réalisées soit exclusivement, soit en coproduction avec des producteurs établis dans un ou plusieurs Etats membres par des producteurs établis dans un ou plusieurs Etats tiers européens avec lesquels la Communauté européenne a conclu des accords si ces œuvres sont réalisées essentiellement avec le concours d'auteurs ou de travailleurs résidant dans un ou plusieurs Etats européens.

Les œuvres qui ne sont pas des œuvres européennes au sens du premier alinéa, mais qui sont produites dans le cadre d'accords bilatéraux de coproduction conclus entre des Etats membres et des Etats tiers sont considérées comme des œuvres européennes à condition que les coproducteurs communautaires participent majoritairement au coût total de la production et que la production ne soit pas contrôlée par un ou plusieurs producteurs établis en dehors du territoire des Etats membres.

Les œuvres qui ne sont pas des œuvres européennes au sens des alinéas 1 et 4, mais qui sont réalisées essentiellement avec le concours d'auteurs et de travailleurs résidant dans un ou plusieurs Etats membres sont considérées comme œuvres européennes au prorata de la part des coproducteurs de la Communauté européenne dans le coût total de la production.

Par Etats membres, l'on entend les Etats membres de la Communauté européenne et les autres Etats signataires de l'Accord sur l'Espace économique européen;

17° Réseau câblé : l'ensemble des installations mises en place dans le but de transmettre par câble à des tiers établis sur le territoire de la région de langue allemande des signaux porteurs de programmes sonores ou télévisés et d'autres services;

18° Infrastructures techniques de transmission : l'ensemble des fréquences hertziennes, positions orbitales ou bandes de fréquences satellitaires attribuées à la Communauté germanophone et, plus largement, toute infrastructure technique de transmission attribuée à la Communauté germanophone et permettant l'acheminement vers le public de programmes sonores et télévisés;

19° Embrouillage : la chaîne des opérations de traitement des signaux audio et vidéo de services de radiodiffusion destinée à les coder et à les rendre ainsi inintelligibles à toute personne ne disposant pas des titres d'accès requis;

20° Système d'accès conditionnel : l'ensemble des moyens matériels et logiciels utilisés par un ou plusieurs systèmes de gestion des abonnés, soit par le public lui-même dans le cadre d'une gestion locale de l'accès aux services de télévision, pour restreindre l'accès à tout ou partie d'un ou de plusieurs services de radiodiffusion au seul public disposant des titres d'accès requis;

21° Transcontrôle : le procédé permettant de changer le système d'accès conditionnel sans toucher au signal embrouillé d'un service de radiodiffusion;

22° Système de transmission : la chaîne des opérations de traitement des signaux audio, vidéo et de données associées d'un service de radiodiffusion, destinées à mettre en forme et à transporter ces signaux jusqu'au public. Cette chaîne comporte les éléments suivants : formation des signaux de programmes (codage de source des signaux audio et vidéo, multiplexage des signaux) et adaptation aux moyens de transmission (codage de canal, modulation et, s'il y a lieu, dispersion de l'énergie);

23° format large : format d'image télévisée dont le rapport entre la longueur et la largeur est égal à 16:9;

24° exploitants de cinéma : les personnes physiques ou morales qui, en région de langue allemande, exploitent une salle de spectacles cinématographiques où elles projettent des films contre rémunération;

25° cinéforum : la projection annuelle d'au moins huit films de haute valeur artistique, accessibles aux jeunes et reconnus comme étant de qualité par au moins un organisme d'évaluation d'un des états membres de l'Union européenne;

26° journées du cinéma : la projection d'au moins quatre films relatifs à un même thème en une semaine;

27° copie de promotion : copie d'un film projeté au plus tard deux semaines après son lancement national en Belgique ou en République fédérale d'Allemagne financée par un exploitant de cinéma.

CHAPITRE II. — *Les organismes de radiodiffusion télévisuelle*

Section 1re. — Autorisations

Art. 2. § 1^{er}. Sans préjudice du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, le Gouvernement peut autoriser des personnes morales à transmettre des programmes télévisés.

§ 2. Pour obtenir une autorisation, les conditions suivantes doivent être remplies :

- 1° les personnes morales doivent être constituées en société commerciale;
- 2° l'organisme de radiodiffusion télévisuelle doit être implanté en Belgique.

C'est censé être le cas lorsque :

- a) l'organisme de radiodiffusion télévisuelle a son siège social en Belgique et les décisions de la direction relatives à la programmation sont prises en Belgique;

b) l'organisme de radiodiffusion télévisuelle a son siège social en Belgique, les décisions de la direction relatives à la programmation sont prises dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, ou vice-versa, et seule une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère en Belgique;

c) l'organisme de radiodiffusion télévisuelle a son siège social en Belgique, les décisions de la direction relatives à la programmation sont prises dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen et une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère simultanément dans les deux Etats;

d) l'organisme de radiodiffusion télévisuelle a son siège social en Belgique, les décisions de la direction relatives à la programmation sont prises dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou dans un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, ou vice-versa, une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle n'opère dans aucun de ces Etats et d'une part l'organisme de radiodiffusion télévisuelle a commencé l'activité de diffusion selon le système juridique belge et d'autre part un lien durable et réel avec l'économie belge continue d'exister;

e) l'organisme de radiodiffusion télévisuelle a son siège social en Belgique, les décisions de la direction relatives à la programmation sont prises dans un pays tiers, ou vice-versa, et une part importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère en Belgique;

f) les points a) à e) ne s'appliquent pas à l'organisme de radiodiffusion télévisuelle et celui-ci utilise une fréquence assignée par la Belgique;

g) les points a) à e) ne s'appliquent pas à l'organisme de radiodiffusion télévisuelle et celui-ci n'utilise aucune fréquence assignée par un autre Etat membre de la Communauté européenne ou par un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, mais utilise la capacité de transmission d'un satellite appartenant à la Belgique;

h) les points a) à e) ne s'appliquent pas à l'organisme de radiodiffusion télévisuelle et celui-ci n'utilise aucune fréquence assignée par un Etat membre de la Communauté européenne ou par un Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen ni la capacité de transmission d'un satellite, mais utilise une station de diffusion "terre-satellite" en Belgique;

i) les points a) à h) ne s'appliquent pas à l'organisme de radiodiffusion télévisuelle et celui-ci est implanté en Belgique conformément aux articles 52 et suivants du Traité instituant la Communauté européenne;

3° La société commerciale doit avoir son siège social en région de langue allemande ou les décisions de la direction relatives à la programmation doivent y être prises;

4° La société commerciale doit introduire auprès du Gouvernement une demande d'autorisation assortie de tous les documents nécessaires, en ce compris les statuts, les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices, la composition précise de l'actionariat et des organes d'administration, la grille de programmes projetée, l'indication des services éventuellement fournis en plus des programmes télévisés, le mode de transmission des programmes, les autres autorisations éventuellement détenues et l'ensemble des renseignements susceptibles de permettre le traitement de la demande.

§ 3. L'autorisation est personnelle et ne peut être cédée à un tiers que moyennant l'accord écrit et préalable du Gouvernement.

§ 4. Le Gouvernement détermine la procédure d'autorisation.

Art. 3. L'autorisation de transmettre un programme télévisé est valable jusqu'à la fin de la douzième année civile qui suit la délivrance de l'autorisation. Elle est ensuite prorogée tacitement pour des périodes successives de six ans, sauf résiliation par le Gouvernement ou renonciation anticipative par l'organisme de radiodiffusion télévisuelle. La résiliation ou la renonciation doivent être notifiées par lettre recommandée envoyée au cours du premier semestre de la dernière année de validité de l'autorisation.

Les organismes de radiodiffusion télévisuelle qui, au moment de l'entrée en vigueur du présent décret, ont déjà obtenu l'autorisation de diffuser un programme télévisé, doivent la faire renouveler dans les douze mois par le Gouvernement en vertu du présent décret.

Section 2. — Promotion de la distribution et de la production de programmes télévisés

Art. 4. Les organismes de radiodiffusion télévisuelle réservent aux oeuvres européennes au moins 10 % du temps d'antenne de chacun des programmes télévisés autorisés, à l'exclusion du temps consacré aux actualités, à des manifestations sportives, à des jeux, à la publicité ou aux services de télétexte ainsi qu'au télé-achat, ou alors consacrent 10 % de leur budget de programmation à des oeuvres européennes émanant de producteurs indépendants d'organismes de radiodiffusion télévisuelle. Une proportion adéquate doit être réservée à des oeuvres récentes, c'est-à-dire des oeuvres diffusées dans les cinq ans suivant leur production.

Art. 5. Les organismes de radiodiffusion télévisuelle assurent dans leurs programmes :

1° l'illustration et la défense de la langue allemande en diffusant notamment une partie des émissions en langue allemande;

2° l'illustration de la Communauté germanophone en diffusant notamment des émissions et bulletins sur la Communauté germanophone.

Le Gouvernement détermine la part des émissions visées à l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°, et les autres modalités d'exécution.

Section 3. — Publicité, parrainage et télé-achat

Art. 6. La publicité et le télé-achat doivent être aisément identifiables comme tels et être nettement distincts du reste du programme grâce à des moyens optiques et/ou acoustiques.

Les spots publicitaires et les spots de télé-achat isolés doivent être exceptionnels.

La publicité et le télé-achat ne peuvent utiliser aucune technique subliminale.

La publicité clandestine et des pratiques similaires dans des émissions de télé-achat sont interdites.

Art. 7. § 1^{er}. La publicité et les spots de télé-achat doivent être insérés entre les émissions. Sous réserve des conditions fixées aux paragraphes 2 à 4, la publicité et les spots de télé-achat peuvent aussi être diffusés au cours des émissions de façon à ne porter atteinte ni à l'intégrité ni à la valeur des émissions, en tenant compte des interruptions naturelles du programme ainsi que de sa durée et de sa nature, et de manière à ce qu'il ne soit pas porté préjudice aux droits des ayants droit.

Lors d'émissions composées d'entités autonomes ou lors d'émissions sportives et d'émissions relatant des événements de structure similaire et des spectacles avec pauses, la publicité et les spots de télé-achat ne peuvent être insérés qu'entre les entités autonomes ou durant les pauses.

La transmission d'oeuvres audiovisuelles telles que les longs métrages cinématographiques et téléfilms, à l'exclusion des séries, des feuilletons et des émissions de divertissement, peut être interrompue une fois par tranche complète de 45 minutes, pour autant que leur durée de programmation soit supérieure à 45 minutes. Une autre interruption est admise, si la durée de programmation est supérieure d'au moins 20 minutes à deux ou plusieurs tranches complètes de 45 minutes.

Lorsque les émissions autres que celles couvertes par le 2e alinéa sont interrompues par la publicité ou des spots de télé-achat, une période d'au moins 20 minutes devrait s'écouler entre deux interruptions successives à l'intérieur des émissions.

§ 2. Les actualités, les magazines d'actualité, les films documentaires, les émissions religieuses et les émissions pour enfants ainsi que la diffusion d'offices religieux ne peuvent être interrompus par la publicité et des spots de télé-achat.

Art. 8. La publicité et le télé-achat ne peuvent porter atteinte à la dignité humaine.

Ils ne peuvent contenir aucune discrimination quant à la race, au sexe ou à la nationalité.

Ils ne peuvent blesser des convictions religieuses ou politiques.

Ils ne peuvent encourager aucun comportement susceptible de nuire à la santé et à la sécurité.

Ils ne peuvent encourager aucun comportement susceptible de nuire à la protection de l'environnement.

Art. 9. Toute forme de publicité et de télé-achat pour les cigarettes et les autres produits dérivés du tabac est interdite.

Art. 10. Toute forme de publicité pour des médicaments et traitements médicaux qui ne sont délivrés en Belgique que sur prescription médicale est interdite.

Le télé-achat pour les médicaments soumis à enregistrement au sens de l'article 6 de la loi du 25 mars 1964 sur les médicaments ainsi que pour les traitements médicaux est interdit.

Art. 11. La publicité et le télé-achat pour les boissons alcoolisées sont soumis aux critères suivants :

1° ils ne peuvent s'adresser spécialement aux mineurs d'âge ni présenter des mineurs consommant de l'alcool;

2° ils ne peuvent établir une relation quelconque entre la consommation d'alcool et l'amélioration de la prestation physique ou la conduite de véhicules à moteur;

3° ils ne peuvent présenter la consommation d'alcool comme contribuant au succès social et sexuel;

4° ils ne peuvent suggérer que l'alcool a un effet thérapeutique, stimulant, tranquillisant ou résout les conflits;

5° ils ne peuvent encourager une consommation excessive d'alcool ni présenter la sobriété ou la tempérance de manière négative;

6° la teneur en alcool des boissons ne peut être mise en évidence comme une propriété positive.

Art. 12. La publicité et le télé-achat qui s'adressent aux mineurs d'âge doivent tenir compte de leur sensibilité particulière, ne peuvent porter préjudice à leurs intérêts ni leur nuire.

Ils sont soumis, pour des raisons de protection, aux critères suivants :

1° ils n'inciteront pas les mineurs de manière directe à acquérir certains produits ou services en profitant de leur inexpérience et de leur naïveté;

2° ils n'inciteront pas les mineurs de manière directe à pousser leurs parents ou une tierce personne à acquérir certains produits et services;

3° ils ne mettront pas à profit la confiance particulière que témoignent les mineurs envers des parents, des enseignants ou d'autres personnes de confiance;

4° ils ne présenteront pas, sans raison fondée, des mineurs dans des situations dangereuses.

Le télé-achat ne peut de plus inciter des mineurs à conclure des contrats d'achat ou de location pour des biens et des services.

Art. 13. Les programmes parrainés doivent satisfaire aux exigences suivantes :

1° le contenu et le créneau horaire d'une émission parrainée ne peuvent, en aucun cas, être influencés par le parrain de manière à porter atteinte à la responsabilité et à l'indépendance éditoriale de l'organisme de radiodiffusion télévisuelle quant aux émissions;

2° ils sont clairement identifiés en tant que tels au moyen du nom et/ou de la marque de fabrique du parrain au début et/ou à la fin du programme;

3° ils ne peuvent inciter à acheter ou à louer des produits ou à recourir à des services du parrain ou d'une tierce personne, en particulier en faisant des références promotionnelles spécifiques à ces produits ou services.

Les émissions ne peuvent être parrainées par des personnes physiques ou morales dont l'activité principale consiste à fabriquer ou vendre des produits ou à offrir des services pour lesquels la publicité est interdite en vertu des articles 9 et 10, alinéa 1^{er}.

Les émissions d'actualités et les émissions d'information politique ne peuvent être parrainées.

Art. 14. § 1^{er}. Le temps de transmission consacré aux spots de télé-achat, aux spots publicitaires ou aux autres formes de publicité, à l'exclusion des écrans réservés aux émissions de télé-achat visés au § 2, ne peut dépasser 20 % de la durée journalière d'émission. Le temps de transmission consacré aux spots de publicité ne peut dépasser 15 % de la durée journalière d'émission.

Le temps de transmission consacré aux spots publicitaires ou aux spots de télé-achat ne peut dépasser 20 % en une heure, à partir d'une heure complète. Ceci ne vaut pas pour les programmes consacrés exclusivement au télé-achat.

Ne sont pas considérés comme publicité au sens des alinéas précédents :

1° les références de l'organisme de radiodiffusion télévisuelle à ses propres programmes et produits connexes directement dérivés de ces programmes;

2° les messages de service public ou les appels en faveur d'oeuvres de bienfaisance diffusés gratuitement.

§ 2. Les fenêtres réservées aux émissions de télé-achat qui ne sont pas diffusées par un programme consacré exclusivement à du télé-achat doivent avoir une durée minimale de 15 minutes sans interruption.

Le nombre maximal de fenêtres réservées aux émissions de télé-achat pouvant être diffusé est fixé à huit par jour; leur durée totale ne peut dépasser trois heures par jour.

Les fenêtres réservées aux émissions de télé-achat doivent être clairement signalées comme telles grâce à des moyens optiques et acoustiques.

Section 4. — Dispositions relatives aux programmes télévisés

Art. 15. Il est interdit aux organismes de radiodiffusion télévisuelle de diffuser des émissions :

1° contraires aux lois, à la sécurité de l'Etat, à l'ordre public ou aux bonnes moeurs ou constituant une offense à l'égard d'un état étranger;

2° susceptibles de nuire gravement à l'épanouissement physique, mental ou moral de mineurs, notamment celles qui comprennent des scènes de pornographie ou de violence gratuite. Cette disposition s'étend également aux autres programmes susceptibles de nuire gravement à l'épanouissement physique, mental ou moral de mineurs, sauf s'il est assuré par le choix de l'heure de l'émission ou par toutes mesures techniques que les mineurs se trouvant dans le champ de diffusion ne voient pas ou n'écoutent pas normalement ces émissions. La diffusion de ces programmes, dans la mesure où ceux-ci sont transmis en clair, est de plus annoncée par un signal acoustique et rendue reconnaissable tout au long de la diffusion par des moyens optiques;

3° qui incitent à la haine pour des raisons de race, de sexe, de religion ou de nationalité.

Art. 16. Les organismes de radiodiffusion télévisuelle ne procèdent à aucune diffusion d'oeuvres cinématographiques en dehors des délais convenus avec les détenteurs de droit.

Art. 17. Les chapitres II et III de la loi du 23 juin 1961 relative au droit de réponse, insérés par la loi du 4 mars 1977, s'appliquent aux programmes des organismes de radiodiffusion télévisuelle et à ceux du Centre belge de Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone.

Art. 18. § 1^{er}. Le Gouvernement peut établir une liste reprenant les événements d'une importance majeure pour la société qui, de ce fait, ne peuvent pas faire l'objet d'un exercice de droits d'exclusivité empêchant une part importante du public de suivre l'événement en direct ou en différé dans le cadre d'une émission accessible à tous.

Le Gouvernement détermine si ces événements doivent être transmis en totalité ou par extraits en direct ou, pour des raisons objectives d'intérêt général, en différé.

§ 2. Il est interdit aux organismes de radiodiffusion télévisuelle d'exercer des droits d'exclusivité de telle manière qu'ils priveraient une partie importante du public d'un autre Etat membre de la Communauté européenne de suivre, par le biais d'un service de programme à accès libre, que ce soit en direct ou, pour des raisons objectives d'intérêt général, en différé, en totalité ou par extraits des événements reconnus d'importance majeure pour la société par cet Etat et dont la liste a été publiée dans le Journal officiel des Communautés européennes.

CHAPITRE III. — *Autres services*

Art. 19. Le Gouvernement peut autoriser des personnes morale à diffuser d'autres services de radiodiffusion que des programmes sonores ou télévisés.

Les services peuvent prendre la forme de signaux codés en tout ou en partie. Leur réception peut être subordonnée à un paiement.

Le Gouvernement fixe les conditions et modalités d'autorisation pour les services autres que les programmes sonores ou télévisés.

CHAPITRE IV. — *Les réseaux câblés*

Art. 20. § 1^{er}. Nul ne peut établir ou exploiter un réseau câblé en région de langue allemande sans avoir obtenu l'autorisation écrite du Gouvernement.

§ 2. Pour être autorisé à établir ou exploiter un réseau câblé, il faut :

1° être une personne morale;

2° introduire auprès du Gouvernement une demande assortie de tous les documents nécessaires, en ce compris les statuts, les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices, la composition précise de l'actionnariat et des organes d'administration, la liste des programmes télévisés et sonores dont la transmission est projetée ainsi que leurs fréquences de transmission, l'indication des services éventuellement fournis en plus des programmes sonores et télévisés, les interconnexions éventuelles avec d'autres réseaux câblés, les prix et redevances ainsi que l'ensemble des renseignements susceptibles de permettre le traitement de la demande.

§ 3. L'autorisation n'est pas requise pour l'établissement et l'exploitation d'antennes collectives, pour autant qu'elles soient à l'usage exclusif de détenteurs d'appareils récepteurs occupant :

1° des chambres ou appartements d'un même immeuble;

2° des immeubles groupés d'un même propriétaire dont le nombre ne dépasse pas cinquante;

3° des habitations groupées dont le nombre ne dépasse pas cinquante;

4° des caravanes ou emplacements d'un même camping.

§ 4. L'autorisation est valable jusqu'à la fin de la douzième année civile qui suit la délivrance de l'autorisation. Elle est ensuite prorogée tacitement pour des périodes successives de six ans, sauf résiliation par le Gouvernement ou renonciation par le distributeur. La résiliation ou la renonciation doivent être notifiées par lettre recommandée envoyée au cours du premier semestre de la dernière année de validité de l'autorisation.

Les personnes morales qui exploitent déjà un réseau câblé au moment de l'entrée en vigueur du présent décret doivent obtenir l'autorisation du Gouvernement visée au § 1^{er} dans les 12 mois sous peine de ne plus pouvoir exploiter le réseau câblé passé ce délai.

§ 5. L'autorisation est personnelle et ne peut être cédée à un tiers que moyennant l'accord écrit et préalable du Gouvernement.

§ 6. Le Gouvernement détermine la procédure d'autorisation.

Art. 21. § 1^{er}. Les personnes autorisées à établir un réseau câblé ont le droit de faire exécuter, à leurs frais, sur ou sous les places, routes, rues, sentiers, cours d'eau et canaux faisant partie du domaine public, tous travaux inhérents à l'établissement et à l'entretien des câbles et équipements connexes de leurs réseaux, à condition de se conformer aux lois et arrêtés relatifs à l'utilisation du domaine public et de respecter l'usage auquel il est affecté.

Avant d'user de ce droit, les personnes autorisées devront soumettre à l'approbation de l'autorité publique propriétaire, le tracé et les détails relatifs à l'installation des conducteurs. Cette autorité devra statuer dans les trois mois de la date d'envoi du tracé et donner notification de sa décision à la personne intéressée. Passé ce délai, le silence de l'autorité est réputé constituer une décision d'approbation. En cas de contestation persistante, il est statué en l'affaire par arrêté du Gouvernement.

L'autorité compétente a en tout cas le droit de faire modifier ultérieurement les dispositions ou le tracé d'une installation ainsi que les ouvrages qui s'y rapportent situés sur sa propriété. Si les modifications sont imposées soit pour un motif de sécurité publique, soit pour préserver un site, soit dans l'intérêt de la voirie, des cours d'eau, des canaux ou d'un service public, soit comme conséquence d'un changement apporté par les riverains aux accès des propriétés privées sises en bordure des voies empruntées, les travaux sont à charge de l'exploitant du réseau; dans les autres cas, ils sont à charge de l'autorité qui impose les modifications. Celle-ci peut exiger un devis préalable et, en cas de désaccord, faire exécuter les travaux en régie.

§ 2. Les personnes autorisées à établir un réseau câblé ont également le droit d'établir des supports et des ancrages pour les câbles et équipements connexes de leurs réseaux sur les murs et façades donnant sur la voie publique et de poser leurs câbles dans un terrain ouvert et non bâti ou de les faire passer sans attache ni contact au-dessus de propriétés privées.

Les travaux ne pourront commencer qu'après une notification dûment établie, faite par écrit aux propriétaires suivant les données du cadastre, aux locataires et aux habitants.

L'exécution de ces travaux n'entraîne aucune dépossession.

La fixation de supports et d'ancrages sur les murs ou façades ne peut faire obstacle au droit du propriétaire de démolir ou de réparer son bien.

Les câbles souterrains et supports établis dans un terrain ouvert et non bâti devront être enlevés à la demande du propriétaire, si celui-ci use de son droit de bâtisse et de clôture; les frais d'enlèvement seront à charge de l'exploitant du réseau câblé. Le propriétaire devra toutefois prévenir l'exploitant par pli recommandé à la poste, au moins trois mois avant d'entreprendre les travaux visés aux alinéas 4 et 5.

§ 3. Les dommages résultant de l'établissement ou de l'exploitation d'un réseau câblé sont entièrement à charge du titulaire de l'autorisation, qui reste responsable de toutes les conséquences dommageables envers les tiers.

§ 4. L'exploitant du réseau câblé est tenu de donner une suite immédiate à toute réquisition de l'I.B.P.T. ou de toute entreprise de distribution d'énergie électrique visant à faire cesser toute perturbation du ou influence néfaste sur le fonctionnement des installations téléphoniques, télégraphiques ou de distribution d'énergie électrique. Faute de satisfaire à cette réquisition, les mesures jugées nécessaires, y compris le déplacement de câbles et équipements connexes, sont ordonnées par les services ou entreprises intéressés, aux frais, risques et périls de l'exploitant.

Art. 22. § 1^{er}. Pour autant qu'ils aient obtenu les autorisations nécessaires des ayants droit conformément à la loi du 30 juin 1994 relative au droit d'auteur et aux droits voisins, les exploitants de réseaux câblés peuvent :

1° transmettre librement les programmes des organismes de radiodiffusion télévisuelle autorisés par un Etat membre de la Communauté européenne, par un autre Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen ou par une autorité belge compétente;

2° transmettre, moyennant information préalable du Gouvernement, les programmes des organismes de radiodiffusion télévisuelle qui ne sont pas du ressort d'un Etat membre de la Communauté européenne ou d'un autre Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, programmes autorisés par un Etat non-membre de l'Union européenne. Le Gouvernement dispose d'un délai de soixante jours pour s'opposer à la diffusion d'un programme si cette mesure paraît nécessaire à la sécurité nationale, à l'intégrité territoriale ou à la sûreté publique, au maintien de l'ordre et à la prévention de la criminalité, à la protection de la santé ou de la morale, à la protection de la réputation ou des droits d'autrui, pour empêcher la divulgation d'informations confidentielles ou pour garantir l'autorité et l'impartialité du pouvoir judiciaire ou s'il y a violation des dispositions de l'article 15.

§ 2. Les exploitants de réseaux câblés peuvent diffuser des programmes sonores et fournir des services autres que la transmission des programmes d'organismes de radiodiffusion télévisuelle et sonore moyennant information préalable du Gouvernement. Celui-ci dispose d'un délai de soixante jours pour s'y opposer si cette mesure paraît nécessaire à la sécurité nationale, à l'intégrité territoriale ou à la sûreté publique, au maintien de l'ordre et à la prévention de la criminalité, à la protection de la santé ou de la morale, à la protection de la réputation ou des droits d'autrui, pour empêcher la divulgation d'informations confidentielles ou pour garantir l'autorité et l'impartialité du pouvoir judiciaire, ou lorsqu'il y a infraction à l'article 15.

Art. 23. § 1^{er}. Le Gouvernement peut suspendre provisoirement la retransmission, sur les réseaux câblés, d'émissions de radiodiffusion télévisuelle en provenance d'un autre Etat membre de l'Union européenne si les conditions suivantes sont remplies :

1° une émission de radiodiffusion télévisuelle viole d'une manière manifeste, sérieuse et grave l'article 15, 2°, première et deuxième phrases, et 3°;

2° l'organisme de radiodiffusion télévisuelle a déjà violé au moins deux fois au cours des 12 derniers mois la règle visée au 1°;

3° le Gouvernement a notifié par écrit à l'organisme de radiodiffusion télévisuelle et à la Commission européenne, les violations alléguées et les mesures envisagées pour les récidives;

4° les consultations menées avec l'Etat de transmission et la Commission européenne n'ont pas abouti à un règlement amiable dans un délai de quinze jours à dater de la notification visée au point 3, et il y a une nouvelle fois violation de la règle.

La suspension provisoire prend fin dès que la Commission européenne la déclare incompatible avec le droit communautaire.

§ 2. Le Gouvernement peut ordonner une interdiction de retransmission de programmes télévisés en provenance d'un Etat non-membre de la Communauté européenne ou non signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen lorsqu'existe un des motifs d'opposition mentionnés à l'article 22, § 1^{er}, 2°.

§ 3. Le Gouvernement peut ordonner l'interdiction de la retransmission de programmes sonores ou de la prestation d'autres services lorsqu'existe un des motifs d'opposition prévus à l'article 22, § 2.

Art. 24. § 1^{er}. Sans préjudice des dispositions de l'article 22, les exploitants de réseaux câblés sont tenus de transmettre au moment de leur diffusion et dans leur intégralité :

1° les programmes du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone ainsi que des sociétés commerciales avec lesquelles le centre a conclu un accord de coopération ou participe directement ou indirectement à leur capital;

2° les programmes des radios régionales autorisées par le Gouvernement et les programmes télévisés autorisés par le Gouvernement;

3° les programmes sonores et télévisés transmis par les organismes de radiodiffusion sonore et télévisuelle de droit public de la Communauté Française et de la Communauté Flamande;

4° le programme de la chaîne ouverte.

§ 2. Après concertation avec les exploitants de réseaux câblés, le Gouvernement peut les obliger à diffuser d'autres programmes sonores et télévisés désignés par lui ou à proposer des services désignés par lui autres que la transmission de programmes sonores et télévisés.

L'ensemble des programmes à diffuser en vertu des § 1^{er} et § 2, alinéa 1^{er} ne peut dépasser la moitié des places de programmes permises par les capacités techniques.

CHAPITRE V. — *Chaîne ouverte*

Art. 25. § 1^{er}. La Communauté germanophone crée une chaîne ouverte dont elle est le pouvoir organisateur.

La mise en œuvre technique et organisationnelle de la chaîne ouverte est confiée à une association sans but lucratif ouverte à toutes tendances philosophiques ou idéologiques.

Les statuts de l'association doivent être soumis à l'approbation du Gouvernement.

§ 2. La chaîne ouverte offre aux personnes physiques ou morales la faculté de diffuser, sous leur propre responsabilité, des participations télévisuelles dont la durée est limitée.

A cette fin, la chaîne ouverte apporte ou fait apporter une aide au niveau des techniques de production et de l'organisation, prodigue ou fait prodiguer des conseils et met à disposition des moyens de production.

De plus, le Gouvernement peut confier à la chaîne ouverte des missions dans le cadre du concept "pédagogie à l'aide des médias" élaboré par la Communauté germanophone.

Les participations ne sont pas rémunérées et ne peuvent contenir de publicité. Les participations parrainées sont interdites. Les participations ne peuvent enfreindre les dispositions de l'article 15. Le nom et le domicile ou le siège social du ou des responsable(s) doivent être mentionnés au début et à la fin d'une participation.

§ 3. Peut jouir de cette faculté quiconque a son domicile, son siège social, son lieu de travail ou son lieu de formation en région de langue allemande. Le Gouvernement peut étendre ce droit en vue de promouvoir les relations interrégionales et internationales.

Les organismes de radiodiffusion télévisuelle et sonore, les institutions et autorités étatiques et communales ainsi que les partis politiques ne jouissent pas de ce droit.

§ 4. Le Gouvernement établit un règlement d'utilisation.

Le règlement d'utilisation garantit :

1° un accès et une utilisation libres et équitables, la diffusion des participations suivant en principe l'ordre des demandes;

2° le droit de réponse en vertu des chapitres II et III de la loi du 23 juin 1961 relative au droit de réponse, insérés par la loi du 4 mars 1977, la demande de réponse devant être adressée à l'utilisateur responsable de la contribution.

§ 5. Chaque année, l'association sans but lucratif visée au § 1^{er}, alinéa 2, soumet un rapport d'activités au Gouvernement.

CHAPITRE VI. — *Normes et infrastructures techniques de transmission*

Section 1re. — Systèmes d'accès conditionnel

Art. 26. Tous les équipements grand public vendus, loués ou autrement mis à disposition qui sont capables de désemprouiller des signaux numériques de télévision doivent pouvoir permettre :

1° le désemprouillage de ces signaux selon l'algorithme européen commun d'embrouillage administré par un organisme de normalisation européen reconnu;

2° la reproduction de signaux qui ont été transmis en clair, à la condition que, dans le cas où l'équipement considéré est loué, le locataire se conforme au contrat de location.

Art. 27. Les systèmes d'accès conditionnel doivent avoir la capacité technique nécessaire à un transcontrôle peu coûteux au niveau des têtes de câble, qui permette aux exploitants de réseaux câblés de contrôler l'accès de leurs abonnés aux services de télévision numérique selon leur propre système d'accès conditionnel.

Art. 28. Un opérateur de services d'accès conditionnel qui produit ou commercialise des services d'accès aux services de télévision numérique fournit à tous les organismes de radiodiffusion télévisuelle numérique qui le lui demandent, à des conditions équitables, raisonnables et non discriminatoires, les services techniques permettant que leurs services de télévision numérique soient captés par les téléspectateurs autorisés, à l'aide de décodeurs gérés par l'opérateur du système d'accès conditionnel.

Lorsqu'il exerce d'autres activités, l'opérateur de système d'accès conditionnel tient une comptabilité financière distincte pour l'activité visée au premier alinéa.

Art. 29. Lorsqu'ils octroient des licences aux fabricants de matériel grand public, les détenteurs de droits de propriété industrielle relatifs aux systèmes et produits d'accès conditionnel doivent le faire à des conditions équitables, raisonnables et non discriminatoires.

L'octroi de licences, qui tient compte des facteurs techniques et commerciaux spécifiques, ne peut être subordonné par les détenteurs de droits à des conditions qui interdisent, dissuadent ou découragent l'inclusion dans le même produit :

1° soit d'une interface commune permettant la connexion de plusieurs systèmes d'accès autres que celui-ci,

2° soit de moyens propres à un autre système d'accès dès lors que le bénéficiaire de la licence respecte les conditions raisonnables et appropriées garantissant la sécurité des transactions des opérateurs d'accès conditionnel.

Section 2. — Normes techniques

Art. 30. Les services de télévision proposés par tous les organismes de radiodiffusion télévisuelle agréés et par le Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone doivent :

1° s'ils sont à format large en 625 lignes et ne sont pas entièrement numériques, utiliser le système de transmission 16:9-D2-MAC ou un système de transmission 16:9 entièrement compatible avec les systèmes PAL ou SECAM;

2° s'ils sont à haute définition et ne sont pas entièrement numériques, utiliser le système de transmission HD-MAC;

3° s'ils sont entièrement numériques, utiliser un système de transmission qui a été normalisé par un organisme de normalisation européen reconnu.

Les réseaux de télédistribution qui reçoivent des services de télévision en format large 16:9, qu'ils soient numériques ou non, doivent au moins les retransmettre en format large 16:9.

Art. 31. Tout récepteur de télévision équipé d'un écran d'affichage intégral d'une diagonale visible supérieure à 42 cm qui est mis sur le marché aux fins de vente ou de location doit être doté d'au moins une prise d'interface ouverte, telle que normalisée par un organisme de normalisation européen reconnu, permettant le raccordement d'appareils périphériques, et notamment de décodeurs supplémentaires et récepteurs numériques.

Section 3. — Concession d'infrastructures techniques de transmission

Art. 32. § 1^{er}. Le Gouvernement peut concéder à un organisme de radiodiffusion télévisuelle qui ressortit à la compétence de la Communauté germanophone, d'une autre autorité belge, d'un Etat membre de la Communauté européenne ou d'un autre Etat signataire de l'Accord sur l'Espace économique européen, les infrastructures techniques de transmission dont il dispose.

S'il y a plusieurs candidats pour la concession d'une même infrastructure technique de transmission, le Gouvernement tient compte de la qualité du projet, du prix proposé et de la compatibilité du projet avec le développement harmonieux de l'audiovisuel en Communauté germanophone, dans la Communauté européenne et dans l'Espace économique européen.

La concession d'infrastructures techniques de transmission ne peut être accordée que pour une durée maximale de neuf ans renouvelable.

La concession est personnelle et ne peut être cédée à un tiers que moyennant l'accord écrit et préalable du Gouvernement.

§ 2. Le Gouvernement détermine la procédure d'autorisation.

CHAPITRE VII. — Les organismes de radiodiffusion sonore

Section 1re. — Dispositions générales

Art. 33. La présente section s'applique aux programmes des radios privées ainsi qu'aux programmes sonores du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone.

Art. 34. Les programmes sonores qui enfreignent les dispositions de l'article 15 sont interdits.

Art. 35. Les chapitres II et III de la loi du 23 juin 1961 relative au droit de réponse, insérés par la loi du 4 mars 1977, s'appliquent aux programmes sonores.

Art. 36. Les programmes sonores peuvent comporter de la publicité.

La publicité doit être aisément identifiable comme telle et être nettement distincte du reste du programme grâce à des moyens acoustiques.

Les spots publicitaires isolés doivent être exceptionnels.

La publicité ne peut utiliser de techniques subliminales.

La publicité clandestine est interdite.

Art. 37. Les conditions reprises aux articles 7, § 2, 8, 9, 10, 11 et 12, 1° à 3°, relatives à la publicité télévisée s'appliquent également à la publicité diffusée par les organismes de radiodiffusion sonore.

Art. 38. Les programmes parrainés sont admis aux conditions visées à l'article 13.

Section 2. — Radios privées

Sous-section 1re. — Dispositions générales

Art. 39. § 1^{er}. Les radios privées ne peuvent être exploitées en région de langue allemande qu'avec l'autorisation du Gouvernement.

Cette autorisation comprend entre autres :

1° l'attribution d'une ou de plusieurs fréquences exploitées aux conditions fixées par le Gouvernement;

2° la puissance maximale;

3° la hauteur d'antenne maximale par rapport à la hauteur moyenne du sol;

4° l'orientation de l'antenne.

§ 2. Le Gouvernement fixe la procédure d'autorisation.

Art. 40. Pour obtenir une autorisation, une radio privée doit remplir les conditions suivantes :

- 1° être la propriété d'une personne morale de droit privé dont le siège et les installations d'émission et de production se situent en région de langue allemande et à l'intérieur de la zone couverte par l'émetteur;
- 2° par sa programmation :
 - a) se consacrer à l'information en tenant compte de la diversité d'opinion et de l'équilibrage de l'information;
 - b) viser le divertissement et la prestation de services, séparément ou simultanément.
- 3° être indépendante d'organisations patronales ou de travailleurs ou de groupements politiques;
- 4° veiller à mettre en valeur dans ses programmes la culture ainsi que les artistes de la Communauté germanophone et des régions voisines conformément aux conditions fixées par le Gouvernement;
- 5° déposer chaque année un rapport d'activités auprès du Gouvernement;
- 6° permettre en tout temps que des agents du Ministère de la Communauté germanophone contrôlent sur place le fonctionnement de la radio privée.

Art. 41. La diffusion des programmes est précédée et suivie d'un indicatif permettant d'identifier la radio et de connaître la localisation de l'émetteur et les fréquences utilisées. Cet indicatif est, de plus, répété à intervalles réguliers pendant la diffusion même du programme.

Toute modification de la dénomination de la radio privée doit être communiquée au Gouvernement pour approbation.

Art. 42. Les émissions d'actualités doivent être objectives et pertinentes.

Les informations doivent être contrôlées quant à leur fond, leur source et leur véracité.

Les commentaires doivent être nettement distincts des informations et le nom de leur auteur doit être mentionné.

Les émissions d'actualités doivent être conçues en collaboration avec des journalistes professionnels ou des personnes travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste.

Sous-section 2. — Radios régionales

Art. 43. Pour obtenir une autorisation, une radio régionale doit sans préjudice de l'article 40 :

- 1° se consacrer à ce qui se passe en Communauté germanophone et dans les régions limitrophes;
- 2° organiser entre 6 et 22 heures une programmation comprenant au moins 50 % de programmes élaborés par les collaborateurs de la radio régionale, abstraction faite des programmes de musique continue;
- 3° concevoir les émissions d'actualités en collaboration avec des journalistes professionnels ou des personnes travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste.

Une radio régionale diffuse au moins 8 émissions d'actualités par jour, d'une durée minimale de 3 minutes chacune.

Art. 44. L'autorisation d'exploiter une radio régionale est valable jusqu'à la fin de la douzième année civile qui suit la délivrance de l'autorisation. Elle est ensuite prorogée tacitement pour des périodes successives de six ans, sauf résiliation par le Gouvernement ou renonciation par la radio régionale. La résiliation ou la renonciation doivent être notifiées par lettre recommandée envoyée au cours du premier semestre de la dernière année de validité de l'autorisation.

Les personnes morales qui exploitent déjà une radio régionale au moment de l'entrée en vigueur du présent décret doivent dans les 12 mois obtenir l'autorisation du Gouvernement en vertu de ce décret.

Sous-section 3. — Radios locales

Art. 45. § 1^{er}. La puissance maximale de la radio locale ne peut dépasser 1 KW.

La hauteur d'antenne maximale ne peut excéder 35 m.

§ 2. Le Gouvernement fixe, dans le cadre de l'autorisation de la radio locale, l'étendue de la zone desservie.

§ 3. Dans la mesure où des données topographiques particulières l'imposent, le Gouvernement peut déroger aux valeurs maximales mentionnées au § 1^{er}.

Art. 46. Pour obtenir une autorisation, une radio locale doit sans préjudice de l'article 40 :

- 1° se consacrer à ce qui se passe dans la zone desservie;
- 2° introduire une demande d'autorisation signée par au moins deux membres du Conseil d'Administration compétents en la matière, domiciliés en région de langue allemande à l'intérieur de la zone desservie.
- 3° organiser entre 6 et 22 heures une programmation comprenant au moins 25 % de programmes élaborés par les collaborateurs de la radio locale, abstraction faite des programmes de musique continue; les autres programmes peuvent être produits en collaboration avec d'autres radios locales reconnues ou fournis par des tiers.

Art. 47. L'autorisation d'exploiter une radio locale est valable jusqu'à la fin de la cinquième année civile qui suit la délivrance de l'autorisation.

Les autorisations valables au moment de l'entrée en vigueur du présent décret le restent jusqu'à leur terme normal.

Art. 48. Sous réserve de la condition mentionnée à l'article 46, 3°, au sujet des productions propres, différentes radios locales peuvent émettre simultanément le même programme.

Sous-section 4. — Subsidiation de la conception des informations

Art. 49. § 1^{er}. Les radios privées peuvent, dans les limites des crédits disponibles, recevoir un subside pour les traitements ou honoraires de journalistes professionnels ou de personnes qui conçoivent pour ordre de la radio des émissions d'actualités et travaillent pour ce faire dans des conditions qui permettent de devenir journaliste professionnel, conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste.

Les émissions d'actualités subsidiées en vertu du premier alinéa sont mises à disposition des radios locales aux conditions fixées par le Gouvernement.

§ 2. Le § 1^{er} ne s'applique pas aux radios privées avec lesquelles collabore le Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone lorsque cette collaboration prend la forme d'une participation directe ou indirecte dans le capital.

§ 3. Le Gouvernement détermine les autres modalités de subsidiation.

CHAPITRE VIII. — *Conseil des médias de la Communauté germanophone*

Art. 50. Il est créé en Communauté germanophone un Conseil des médias, ci-après dénommé "Conseil".

Le Conseil a son siège auprès du Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 51. § 1^{er}. Le Gouvernement désigne un membre pour assurer la présidence.

Le Gouvernement désigne les membres suivants, appartenant au groupe des opérateurs dans le domaine des médias :

1° deux membres sur la proposition du Conseil d'administration du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone.

2° deux membres sur la proposition des radios locales autorisées;

3° un membre sur la proposition :

a) du Comité directeur de l'Association générale des journalistes professionnels de Belgique;

b) des unités de presse reconnues en vertu du décret du 7 février 1994 relatif à l'aide accordée à la presse quotidienne;

c) des organismes de radiodiffusion télévisuelle autorisés;

d) des exploitants autorisés de réseaux câblés;

e) de l'association sans but lucratif visée à l'article 25, § 1^{er}, alinéa 2;

f) des radios régionales autorisées.

Le Gouvernement désigne les membres suivants, appartenant au groupe des utilisateurs de médias :

1° deux membres sur proposition de chaque

a) organisation représentative des employeurs;

b) organisation représentative des travailleurs;

c) organisation de défense des consommateurs établie en région de langue allemande;

2° un membre sur la proposition :

a) du Conseil pour l'Education populaire et la Formation des Adultes;

b) du Conseil de la Jeunesse germanophone;

c) du Conseil des Personnes âgées;

d) du Conseil de l'aide à la jeunesse.

§ 2. Un membre suppléant est désigné pour chaque membre effectif visé au § 1^{er}.

§ 3. Les mandataires élus au sein du Conseil de la Communauté germanophone peuvent, pour la liste sur laquelle ils étaient candidats, déléguer un(e) représentant(e) auprès du Conseil des médias qui aura voix consultative.

§ 4. Il faut veiller, lors de la composition du Conseil des médias, à une parité hommes/femmes.

Si une catégorie des opérateurs dans le domaine des médias ou des utilisateurs de médias peut, conformément au § 1^{er}, proposer deux membres, ils doivent être de sexe différent.

Les membres effectifs et leurs suppléants respectifs doivent être de sexe différent.

§ 5. Le mandat a une durée correspondant à une législature du Conseil de la Communauté germanophone; il commence dans les trois mois qui suivent le mois de l'élection du Conseil de la Communauté germanophone.

Le mandat est renouvelable.

Art. 52. Pour devenir et rester membre du Conseil, il faut répondre personnellement aux conditions suivantes :

1° jouir des droits civils et politiques;

2° être majeur.

La qualité de conseiller est incompatible avec celle de membre de la Chambre des Représentants, du Sénat, d'un Conseil régional ou communautaire, du Parlement européen, du Conseil provincial, du Conseil communal, du Gouvernement fédéral, d'un Gouvernement régional ou communautaire, de la Députation permanente du Conseil provincial ou d'un Cabinet ministériel; elle est aussi incompatible avec celle de Gouverneur de la Province, de Commissaire d'Arrondissement ou de Bourgmestre.

Art. 53. Un conseiller démissionne pour les raisons suivantes :

1° il ne répond plus à l'une des conditions personnelles visées à l'article 52, alinéa 1^{er} ou il présente l'une des incompatibilités visées à l'article 52, alinéa 2;

2° il est absent, sans justification, à plus de la moitié des séances chaque année;

3° l'organe qui propose les membres, visé à l'article 51, retire le mandat.

En cas de retrait d'un membre, le suppléant achève son mandat. Le Gouvernement désigne un nouveau membre suppléant.

Art. 54. Le Conseil a pour mission

1° de rendre un avis préalable aux décisions du Gouvernement concernant :

a) l'autorisation de diffuser un programme télévisé, visée à l'article 2;

- b) l'établissement de la liste d'événements visée à l'article 18, § 1^{er};
- c) l'autorisation d'autres services de radiodiffusion que les programmes sonores et télévisés, visée à l'article 19;
- d) l'autorisation d'installer et d'utiliser un réseau câblé, visée à l'article 20;
- e) l'opposition à la diffusion d'un programme télévisé, visée à l'article 22, § 1^{er}, 2°;
- f) l'opposition à la diffusion de programmes sonores ou à la prestation d'autres services, visée à l'article 22, § 2;
- g) l'interdiction de la diffusion de programmes sonores ou de la prestation d'autres services, visée à l'article 23, § 2;
- h) la retransmission de programmes sonores et télévisés, visée à l'article 24, § 2, alinéa 1^{er}, ainsi que l'offre d'autres services par les réseaux de radio- et télédistribution;
- i) la fixation du règlement d'utilisation visé à l'article 25, § 4, alinéa 1^{er};
- j) l'autorisation d'une radio privée, visée à l'article 39;

2° de rendre un avis avant l'application de l'une des sanctions administratives visées à l'article 63. Le Conseil des médias émet un tel avis :

- a) d'initiative lorsqu'il constate des infractions aux dispositions du présent décret et à ses dispositions d'exécution;
- b) à la demande du Gouvernement;
- c) à la demande d'une personne physique ou morale qui signale des infractions aux dispositions du présent décret et à ses dispositions d'exécution.

L'avis contient une proposition motivée d'application éventuelle de l'une des sanctions administratives visées à l'article 63;

3° d'élaborer des règlements déontologiques types en matière de médias, entre autres en ce qui concerne la protection des mineurs et la publicité. Ces règlements types seront transmis aux différents opérateurs dans le domaine des médias;

4° de rendre des avis concernant :

a) le contenu des programmes ainsi que la programmation générale du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone qui sont transmis au Conseil d'administration du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, et ce en application de la loi du 16 juillet 1973 garantissant la protection des tendances idéologiques et philosophiques;

b) d'autres thèmes relatifs aux médias que le Conseil traite d'initiative ou que le Gouvernement lui soumet;

5° d'examiner les plaintes, des impulsions et des propositions concernant les médias, les institutions médiatiques et le travail des médias en Communauté germanophone et qui ont été soumis au Conseil par une personne physique ou morale.

Outre sa fonction consultative, le Conseil peut jouer le rôle de médiateur en cas de conflits d'intérêts entre opérateurs dans le domaine des médias et utilisateurs de médias;

6° de rédiger, pour chaque mandat, un rapport sur le paysage médiatique de la Communauté germanophone, un rapport qui traite entre autres de l'équilibrage des programmes et de la défense de la diversité d'opinions en ce qui concerne les programmes diffusés par les radios privées et les organismes de radiodiffusion télévisuelle autorisés, des influences de l'évolution technique sur le paysage médiatique et de l'importance économique de ce dernier;

7° de rédiger annuellement un rapport d'activités et de le faire parvenir au Gouvernement et au Conseil de la Communauté germanophone au cours du premier trimestre de l'année suivante.

§ 2. Les avis mentionnés au § 1^{er}, 1° f) et g) ainsi qu'au 2°, b) doivent être rendus dans les trois semaines suivant la demande, sinon, ils sont censés être rendus.

Les autres avis mentionnés au § 1^{er}, 1°, doivent être rendus dans les trois mois suivant la demande, sinon, ils sont censés être rendus.

Art. 55. Un avis est rendu à la majorité des voix. Les abstentions ne sont pas admises. En cas de parité des voix, la voix du président est prépondérante.

Si aucune majorité ou parité ne se dégage au sein du groupe des opérateurs dans le domaine des médias ou de celui des utilisateurs de médias, ledit groupe peut rendre un avis minoritaire.

Art. 56. Le Conseil établit un règlement d'ordre intérieur, qui est approuvé par le Gouvernement.

Art. 57. Le Gouvernement confie le secrétariat à un agent du Ministère de la Communauté germanophone.

Art. 58. § 1^{er}. Les frais de fonctionnement du Conseil sont à charge du budget de la Communauté germanophone.

§ 2. Les membres du Conseil perçoivent des jetons de présence et une indemnité kilométrique.

Le Gouvernement en fixe les modalités d'octroi.

CHAPITRE IX. — *Exploitants de cinéma et contrôle des films*

Section Ire. — Subsidiation des exploitants de cinéma et promotion de leurs projets

Art. 59. La Communauté germanophone promeut la réalisation des projets d'exploitants de cinéma, projets visés à l'alinéa 2, 2°, en accordant un subside annuel de 700.000 francs dans le cadre des crédits budgétaires disponibles.

Pour obtenir ce subside, les exploitants de cinéma doivent remplir les conditions suivantes :

1° chacun d'eux doit organiser au moins 200 projections par an dans le format 35 mm habituel;

2° soumettre ensemble un accord réglant la coopération, notamment en vue de l'organisation annuelle de cinéforums ou de journées du cinéma, ainsi que la projection d'au moins 4 copies de promotion par an.

Le subside visé au premier alinéa est liquidé à parts égales aux exploitants de cinéma participants, sur présentation des justificatifs des frais engagés dans le cadre de la réalisation du projet visé à l'alinéa 2, 2°.

Art. 60. Le subside visé à l'article 59 est majoré de 20 % au plus lorsque la commune sur le territoire de laquelle se situe la salle de spectacles cinématographiques de l'exploitant de cinéma participe, dans le cadre d'un accord avec la Communauté germanophone, au financement des frais d'infrastructure, de fonctionnement ou de personnel encourus par l'exploitant de cinéma pour l'exploitation de la salle de spectacles cinématographiques.

Art. 61. Le Gouvernement peut multiplier par un coefficient les montants fixés aux articles 59 et 60 afin de les adapter aux crédits budgétaires disponibles.

Section 2. — Contrôle des films

Art. 62. L'alinéa suivant est inséré dans l'article 2 de la loi du 1^{er} septembre 1920 interdisant l'entrée des salles de spectacles cinématographiques aux mineurs âgés de moins de 16 ans :

« Si, dans un état membre de l'Union européenne, un film est admis aux moins de 16 ans par l'autorité compétente et que l'exploitant de cinéma peut en apporter la preuve, l'autorisation visée au premier alinéa est considérée comme accordée. »

CHAPITRE X. — *Sanctions*

Section 1re. — Sanctions administratives

Art. 63. En cas de non respect du présent décret et de ses dispositions d'exécution, le Gouvernement peut imposer aux organismes de radiodiffusion télévisuelle, au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, aux installateurs et aux exploitants de réseaux câblés ainsi qu'aux radios privées, après audition et avis du Conseil des médias, le paiement d'une amende de 100.000 à 1.000.000 francs.

Le Gouvernement peut également, à titre temporaire, suspendre l'autorisation, en réduire la durée ou la retirer. Le titulaire de l'autorisation est préalablement entendu. Dans ce cas, la saisie du matériel technique nécessaire aux émissions peut être ordonnée.

Le Gouvernement désigne un agent chargé du recouvrement des amendes ainsi dues et de la saisie, par voie de contrainte qu'il a pouvoir de dresser. Ces contraintes sont exécutoires dans les huit jours de la notification qui en est faite au débiteur de l'amende. Elles sont exécutées par huissier de justice dans les formes prévues par le code judiciaire.

Section 2. — Sanctions pénales

Art. 64. Est passible d'une amende de 100 à 100.000 francs :

1° celui qui diffuse sciemment des programmes sonores ou télévisés sans être en possession de l'autorisation requise ou dont l'autorisation est suspendue ou retirée;

2° celui qui installe ou utilise sciemment un réseau câblé sans être en possession de l'autorisation requise ou dont l'autorisation est suspendue ou retirée.

Art. 65. Est passible d'une amende de 100 à 100.000 francs celui qui diffuse de la publicité, du télé-achat ou des programmes parrainés violant les articles 6 à 14 du présent décret.

Art. 66. Est passible d'une amende de 500 à 500.000 francs celui qui diffuse des programmes sonores ou télévisés violant l'article 15 du présent décret.

Art. 67. Les dispositions du Livre Ier du Code pénal, y compris le chapitre VII et l'article 85, sont applicables aux délits visés aux articles 64 à 66.

CHAPITRE XI. — *Dispositions abrogatoires*

Art. 68. Les chapitres II et III de la loi du 6 février 1987 relative aux réseaux de radiodistribution et de télédistribution et à la publicité commerciale à la radio et à la télévision sont abrogés.

Art. 69. Le décret du 16 juin 1986 fixant les conditions de reconnaissance des radios locales libres est abrogé.

Art. 70. L'article 2, alinéa 2 et l'article 3 du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, remplacés par le décret du 16 octobre 1995, sont abrogés.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 26 avril 1999.

J. MARAITE,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et
du Tourisme.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales.

W. SCHRÖDER,

—
Note

(1) *Session 1998-1999.*

Documents du Conseil : 129 (1998-1999). — Projet de décret, n° 1. — Projets d'amendements, n° 2 à 6. — Rapport, n° 7. — Projet d'amendement relatif au texte adopté par la commission, n° 8.

Rapport intégral. — Discussion et vote. Séance du 26 avril 1999.

VERTALING
MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 99 — 2404

[C - 99/33088]

26 APRIL 1999 — Decreet over de media (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Definities*

Artikel 1. Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

- 1° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;
 - 2° omroepdienst : dienst die de uitzending, via de kabel of draadloos, via zendapparatuur op aarde of aan boord van een satelliet, van mondelinge, auditieve of visuele voorstellingen van welke aard ook die voor het publiek bestemd zijn. De dienst mag geluids-, televisie- of andere programma's omvatten. Het begrip dekt ook het overdragen aan andere organisaties met het oog op het doorgeven daarvan aan het publiek;
 - 3° televisieomroep : het oorspronkelijk uitzenden via de kabel of draadloos, via zendapparatuur op aarde of aan boord van een satelliet, al dan niet in gecodeerde vorm, van voor ontvangst door het publiek bestemde programma's. Hieronder is ook begrepen het overdragen van programma's tussen ondernemingen met het oog op het doorgeven daarvan aan het publiek. Hieronder zijn niet begrepen communicatiediensten die informatieve gegevens of andere prestaties op individueel verzoek verstrekken zoals telekopiediensten, elektronische databanken en andere soortgelijke diensten;
 - 4° televisieomroeporganisatie : rechtspersoon die de redactionele verantwoordelijkheid draagt voor televisieprogramma's en zulke programma's uitzendt;
 - 5° televisieprogramma : het geheel van de uitzendingen die onder een gemeenschappelijke benoeming door een televisieomroeporganisatie worden doorgegeven;
 - 6° open kanaal : een televisieprogramma uitgewerkt door natuurlijke of rechtspersonen die op eigen verantwoordelijkheid televisuele participaties met een beperkte duur uitzenden, waarbij deze personen een vrije en billijke toegang gewaarborgd wordt;
 - 7° radio-omroeporganisatie : de rechtspersoon die de redactionele verantwoordelijkheid draagt voor radioprogramma's en zulke programma's uitzendt;
 - 8° private radio : een privaat-rechtelijke radio-omroeporganisatie;
 - 9° regionale radio : een privaat-rechtelijke radio-omroeporganisatie die gericht is tot een regionaal publiek;
 - 10° lokale radio : een privaat-rechtelijke radio-omroeporganisatie die gericht is tot een geografisch beperkt publiek;
 - 11° geluidsprogramma : het geheel van de uitzendingen die onder een gemeenschappelijke benoeming door een radio-omroeporganisatie worden doorgegeven;
 - 12° reclame : de door een overheidsbedrijf of particuliere onderneming tegen vergoeding of soortgelijke betaling op televisie of radio uitgezonden boodschap - in welke vorm dan ook - in verband met de uitoefening van enige commerciële, industriële of ambachtelijke activiteit of van een vrij beroep, met het oog op de bevordering van de levering van goederen of diensten tegen betaling, met inbegrip van onroerende goederen, rechten en verplichtingen;
 - 13° sluitreclame : het vermelden of vertonen van goederen, diensten, naam, handelsmerk of activiteiten van een producent van goederen of een dienstverlener in televisie- of geluidsprogramma's, indien dit door de televisie- of radio-omroeporganisatie wordt gedaan met de bedoeling reclame te maken en indien het publiek kan worden misleid omtrent het eigenlijk doel van deze vermelding of vertoning. Een bedoeling wordt met name geacht aanwezig te zijn, indien tegenover de vermelding of vertoning een geldelijke of andere vergoeding staat;
 - 14° sponsoring : elke bijdrage van een overheidsbedrijf of particuliere onderneming die zich niet bezighoudt met de vervaardiging van audiovisuele producties, aan de financiering van televisie- of geluidsprogramma's met het doel hun naam, handelsmerk, imago, activiteiten of realisaties meer bekendheid te geven;
 - 15° telewinkelen : de uitzendingen die tegen betaling goederen en diensten, met inbegrip van onroerende goederen, rechten en verplichtingen rechtstreeks aan het publiek aanbieden;
 - 16° Europese producties : producties die afkomstig zijn uit Europese lidstaten, alsmede producties uit derde Europese staten die ondertekende partij zijn bij het Europees Verdrag inzake grensoverschrijdende televisie van de Raad van Europa, en producties uit andere derde Europese staten, als in de betrokken derde staten geen discriminerende maatregelen genomen worden t.o.v. producties uit de lidstaten.
- Onder producties die afkomstig zijn uit Europese lidstaten of uit derde Europese staten die ondertekende partij zijn bij het Europees Verdrag inzake grensoverschrijdende televisie van de Raad van Europa, verstaat men producties die voornamelijk tot stand zijn gekomen met de hulp van één of meer auteurs en werknemers die in deze staten wonen en die aan één van de volgende drie voorwaarden voldoen :
- a) deze producties zijn tot stand gebracht door één of meer in één of meer van deze staten gevestigde producent(en);
 - b) de vervaardiging ervan wordt door één of meer in één of meer van deze staten gevestigde producent(en) gesuperviseerd en daadwerkelijk gecontroleerd;
 - c) de bijdrage van de coproducten uit deze staten in de totale productiekosten bedraagt meer dan de helft, en de coproductie wordt niet door één of meer buiten deze staten gevestigde producenten gecontroleerd.
- Onder producties die afkomstig zijn uit andere derde Europese staten verstaat men producties die uitsluitend of in coproductie met in één of meer Europese lidstaten gevestigde producenten zijn vervaardigd door producenten die gevestigd zijn in één of meer derde Europese staten waarmee de Gemeenschap overeenkomsten gesloten heeft, indien deze producties voornamelijk vervaardigd zijn met behulp van auteurs en werknemers die in één of meer Europese staten wonen.

Producties die geen Europese producties zijn in de zin van het eerste lid, echter in het kader van bilaterale coproductieverdragen gesloten tussen Europese lidstaten en derde staten zijn vervaardigd, worden als Europese producties beschouwd, voor zover het aandeel van coproducten uit de Gemeenschap in de totale productiekosten de meerderheid vormt en de vervaardiging niet door één of meerdere producenten gecontroleerd wordt die buiten het gebied van de lidstaten wonen.

Producties die geen Europese producties zijn in de zin van de leden 1 en 4, echter voornamelijk in samenwerking met in één of meer Europese lidstaten gevestigde auteurs en werknemers zijn vervaardigd, worden als Europese producties beschouwd naar rato van het aandeel van coproductenten uit de Europese Gemeenschap in de totale productiekosten.

Onder Europese lidstaten verstaat men de lidstaten van de Europese Gemeenschap en de andere staten die ondertekende partij zijn bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte.

17° kabelnet : het geheel van de installaties die in werking worden gesteld met het doel signalen als dragers van geluids- of televisieprogramma's alsmede van andere diensten via de kabel aan in het Duitse taalgebied gevestigde derden door te geven;

18° technische uitzendingsinfrastructuren : het geheel van de hertzfrequenties en van de orbitale posities, frequentiebanden van satellieten toegekend aan de Duitstalige Gemeenschap en, in de ruimste zin, elke aan de Duitstalige Gemeenschap toegekende technische uitzendingsinfrastructuur die het mogelijk maakt geluids- en televisieprogramma's aan het publiek over te brengen;

19° scrambling : de reeks fasen met betrekking tot de verwerking van audio- en videosignalen van omroepdiensten, om die te coderen en zo onverstaaanbaar te maken voor elke persoon die niet over de vereiste toegangsbewijzen beschikt;

20° systeem voor voorwaardelijke toegang : het geheel van de hardware- en softwaremiddelen die worden gebruikt ofwel door één of verschillende systemen voor beheer van de abonnementen, ofwel door het publiek zelf in het kader van een lokaal beheer van de toegang tot de diensten, om de toegang tot het geheel of een deel van één of meer omroepdiensten te beperken tot het publiek dat over de vereiste toegangsbewijzen beschikt;

21° controleoverdracht : procédé waarmee het mogelijk is van systeem voor voorwaardelijke toegang te veranderen, zonder te raken aan het gescrambelde signaal van een omroepdienst;

22° transmissiesysteem : de reeks fasen met betrekking tot de verwerking van de audio- en videosignalen en daarmee verband houdende gegevens van een omroepdienst die ertoe dient deze signalen vorm te geven en naar het publiek over te brengen. Die reeks omvat voorzieningen voor het genereren van programmasignalen (broncodering van audio- en videosignalen, multiplexing van signalen) en aanpassing aan de transmissiemedia (kanaalcodering, modulatie en, voor zover nodig, energiedispersie);

23° breedbeeldformaat : televisiebeeldformaat waarvan de verhouding tussen de lengte en de breedte gelijk is aan 16 : 9;

24° bioscoophouder : de natuurlijke of rechtspersonen die in het Duitse taalgebied een bioscoopzaal bedrijven waar zij films tegen betaling voorstellen;

25° cineforum : jaarlijkse voorstelling van ten minste acht films met hoge kunstwaarde die voor de jongelui toegankelijk zijn en waarvan de kwaliteit door ten minste één evaluatie-instelling van één der lidstaten van de Europese Unie erkend werd;

26° cinedagen : voorstelling van ten minste vier films met hetzelfde thema over een week;

27° promotiekopie : door een bioscoophouder gefinancierde kopie van een film dat ten laatste twee weken na zijn nationaal lanceren in België of in de Bondsrepubliek Duitsland voorgesteld wordt.

HOOFDSTUK II. — *Televisieomroeporganisaties*

Afdeling 1. — Vergunningen

Art. 2. § 1. Onverminderd het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, kan de Regering rechtspersonen ertoe machtigen televisieprogramma's uit te zenden.

§ 2. Om een vergunning te krijgen, moet aan volgende voorwaarden voldaan worden :

1° de rechtspersoon moet als handelsmaatschappij opgericht zijn;

2° de televisieomroeporganisatie moet in België gevestigd zijn.

Het wordt geacht het geval te zijn als volgende voorwaarden vervuld zijn :

a) de televisieomroeporganisatie heeft haar hoofdkantoor in België en de programmeringsbesluiten worden in België genomen;

b) de televisieomroeporganisatie heeft haar hoofdkantoor in België, de programmeringsbesluiten worden genomen in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte - of andersom - en slechts een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is in België werkzaam;

c) de televisieomroeporganisatie heeft haar hoofdkantoor in België, de programmeringsbesluiten worden genomen in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte en een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is tegelijk in beiden staten werkzaam;

d) de televisieomroeporganisatie heeft haar hoofdkantoor in België, de programmeringsbesluiten worden genomen in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of in een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte - of andersom -, een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is in geen van deze staten werkzaam, de televisieomroeporganisatie is echter met haar omroepactiviteiten volgens het Belgische rechtssysteem begonnen en onderhoudt een duurzame en reële band met de Belgische economie;

e) de televisieomroeporganisatie heeft haar hoofdkantoor in België, de programmeringsbesluiten worden in een derde staat genomen - of andersom - en een aanzienlijk deel van het bij de televisieomroepactiviteiten betrokken personeel is in België werkzaam;

f) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de televisieomroeporganisatie en deze gebruikt een door België toegekende frequentie;

g) de letters a) tot e) zijn niet van toepassing op de televisieomroeporganisatie, deze gebruikt geen door een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of door een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte toegekende frequentie, maakt echter gebruik van een satellietcapaciteit behorende tot België;

h) de letters *a)* tot *e)* zijn niet van toepassing op de televisieomroeporganisatie, deze gebruikt geen door een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap of door een staat die ondertekende partij is van de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte toegekende frequentie of satellietcapaciteit, maakt echter gebruik van een aarde-satelliet-verbinding in België;

i) de letters *a)* tot *h)* zijn niet van toepassing op de televisieomroeporganisatie en deze is in België gevestigd overeenkomstig de artikels 52 en volgenden van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap;

3° ofwel moet de handelsmaatschappij haar hoofdkantoor in het Duitse taalgebied hebben, ofwel moeten de programmeringsbesluiten daar door de televisieomroeporganisatie worden genomen;

4° de handelsmaatschappij moet bij de Regering een aanvraag om vergunning indienen die alle nodige documenten omvat inclusief de statuten, de balansen en de jaarrekeningen m.b.t. de laatste drie dienstjaren, de precieze samenstelling van het aandelenkapitaal en van de bestuursapparaten, het geplande programmaschema, de lijst van de prestaties die naast de uitzending van televisieprogramma's kunnen worden verstrekt, de wijze waarop de televisieprogramma's worden uitgezonden, de desgevallend al verleende vergunningen alsmede alle gegevens die voor de behandeling van de aanvraag dienstig kunnen zijn.

§ 3. De vergunning is persoonlijk en mag aan een derde slechts overgedragen worden na schriftelijk akkoord van de Regering.

§ 4. De Regering legt de vergunningsprocedure vast.

Art. 3. De vergunning om een televisieprogramma uit te zenden is geldig tot het einde van het twaalfde kalenderjaar dat volgt op de uitreiking ervan. Ze wordt vervolgens stilzwijgend verlengd met opeenvolgende periodes van zes jaar, behoudens intrekking door de Regering of opzegging door de televisieomroeporganisatie.

De intrekking of opzegging is te betekenen bij aangetekende brief in de loop van het eerste semester van het laatste jaar waar de vergunning geldig is.

De televisieomroeporganisaties die op het ogenblik van de inwerkingtreding van dit decreet reeds een vergunning hebben verkregen om televisieprogramma's uit te zenden, moeten binnen een termijn van 12 maanden die vergunning door de Regering laten hernieuwen krachtens dit decreet.

Afdeling 2. — Bevordering van de verspreiding en productie van televisieprogramma's

Art. 4. De televisieomroeporganisaties moeten ofwel ten minste 10 % van de zendtijd van elk vergund televisieprogramma die niet aan nieuws, sport, spel, reclame, teletekst of telewinkeluitzendingen gewijd is ofwel 10 % van hun begroting reserveren voor de uitzending van Europese producties, vervaardigd door producenten die van de televisieomroeporganisaties onafhankelijk zijn. Bovendien moet een behoorlijk gedeelte worden gereserveerd voor recente producties, d.w.z. producties die binnen de vijf jaar na hun vervaardiging worden uitgezonden.

Art. 5. In hun programma's zorgen de televisieomroeporganisaties :

1° voor de bescherming en de luister van de Duitse taal, o.a. door een bepaald aantal zendingen in het Duits,

2° voor de luister van de Duitstalige Gemeenschap, o.a. door een bepaald aantal zendingen en berichten over de Duitstalige Gemeenschap.

De Regering bepaalt het aandeel van de in het eerste lid, 1° en 2° bedoelde zendingen en legt de nadere uitvoeringsmodaliteiten vast.

Afdeling 3. — Reclame, sponsoring en telewinkelen

Art. 6. Reclame- en telewinkeluitzendingen moeten als dusdanig erkenbaar zijn en door optische en/of akoestische middelen duidelijk onderscheiden zijn van de andere programmaonderdelen.

Afzonderlijke reclame- en telewinkelspots moeten een uitzondering blijven.

In de reclame- en telewinkeluitzendingen is het gebruik van subliminale technieken verboden.

In de telewinkeluitzendingen zijn sluikreclame en dienovereenkomstige praktijken verboden.

Art. 7. § 1. De reclame- en telewinkeluitzendingen moeten tussen de uitzendingen ingevoegd worden. Onder de in de leden 2 tot 4 vermelde voorwaarden mogen de reclame- en telewinkelspots ook tijdens de lopende uitzendingen worden ingevoegd, indien zij de samenhang en de waarde van de uitzendingen niet aantasten, waarbij moet rekening worden gehouden met de natuurlijke programmaonderbrekingen, de lengte en de aard van het programma, noch de rechten van rechthebbenden tegengaan.

Voor de uitzendingen die uit autonome delen bestaan of voor sportuitzendingen en uitzendingen betreffende gebeurtenissen en vertoningen met pauzes die op dezelfde wijze gestructureerd zijn, mogen de reclame- en telewinkelspots slechts tussen autonome delen of gedurende de pauzes ingevoegd worden.

De uitzending van audiovisuele werken zoals bioscoop- en televisiefilms, met uitzondering van series, feuilletons en amusementsprogramma's mag per volle tijdruimte van 45 minuten éénmaal onderbroken worden, indien de geprogrammeerde zendtijd meer dan 45 minuten bedraagt. Een verdere onderbreking is toelaatbaar, indien de geprogrammeerde zendtijd twee of meer volle tijdruimten van 45 minuten met ten minste 20 minuten overschrijdt.

Worden andere dan de in lid 2 vermelde uitzendingen door reclame- of telewinkelspots onderbroken, dan moet een tussentijd van ten minste 20 minuten bestaan tussen de twee opeenvolgende onderbrekingen.

§ 2. Nieuws, magazines over de actualiteit, documentaires, religieuze uitzendingen en kinderprogramma's, alsmede de uitzending van kerkdiensten mogen niet door reclame- en telewinkelspots worden onderbroken.

Art. 8. De reclame- en telewinkeluitzendingen mogen de menselijke waardigheid niet aantasten.

Zij mogen geen ras-, seks- of nationaliteitsdiscriminatie bevatten.

Zij mogen de religieuze of politieke overtuigingen niet kwetsen.

Zij mogen geen gedrag bevorderen dat de gezondheid en de veiligheid in gevaar kan brengen.

Zij mogen geen gedrag bevorderen dat de bescherming van het leefmilieu in gevaar kan brengen.

Art. 9. Elke vorm van reclame of telewinkelen voor sigaretten en andere rookwaren is verboden.

Art. 10. Elke vorm van reclame voor geneesmiddelen en medische behandelingen die in België slechts op doktersvoorschrift verkrijgbaar zijn, is verboden.

Telewinkelen voor geneesmiddelen waarvoor een registratie in de zin van artikel 6 van de wet van 25 maart 1964 over de geneesmiddelen vereist is, alsmede voor medische behandelingen is verboden.

Art. 11. Reclame- en telewinkeluitzendingen voor alcoholhoudende dranken moeten aan de volgende criteria voldoen :

- 1° ze mogen zich niet specifiek tot minderjarigen richten noch minderjarigen voorstellen die alcohol genieten;
- 2° ze mogen in geen geval het genot van alcoholische dranken met een verbetering van de fysieke prestatie of met het besturen van auto's in verband brengen;
- 3° ze mogen niet de indruk wekken dat alcoholgebruik bijdraagt tot het sociaal en het seksueel succes;
- 4° ze mogen niet suggereren dat alcohol een therapeutisch, stimulerend, geruiststellend effect heeft of tot de oplossing van conflicten bijdraagt;
- 5° ze mogen geen onmatig alcoholgebruik aanmoedigen; soberheid of matigheid mogen niet negatief voorgesteld worden;
- 6° het alcoholgehalte van de dranken mag niet als positieve eigenschap aangetoond worden.

Art. 12. De Reclame- en telewinkeluitzendingen die voor minderjarigen bedoeld zijn, moeten rekening houden met hun bijzondere sensibiliteit, mogen hun belangen niet aantasten noch hen schaden.

Om beschermingsredenen worden ze aan volgende criteria onderworpen :

- 1° Ze mogen de minderjarigen niet direct aanmanen tot de aanschaffing van bepaalde producten of diensten door voordeel te trekken van hun onervarenheid en onbevangenheid;
- 2° Ze mogen de minderjarigen er niet direct toe aanmanen, hun ouders of een derde tot de aanschaffing van bepaalde producten en diensten aan te zetten;
- 3° Ze mogen niet voordeel trekken van het bijzonder vertrouwen dat de minderjarigen tegenover ouders, leraars of andere vertrouwenspersonen hebben;
- 4° Zonder gegronde reden mogen ze minderjarigen niet in gevaarlijke situaties tonen.

Bovendien mag telewinkelen minderjarigen niet aansporen, koop- en huurovereenkomsten voor waren of dienstverleningen te sluiten.

Art. 13. Gesponsorde programma's moeten aan de volgende vereisten voldoen :

- 1° Inhoud en zenduur van een gesponsorde uitzending mogen in geen geval door de sponsor zo beïnvloed worden dat de verantwoordelijkheid en de redactionele onafhankelijkheid van de televisieomroeporganisatie met betrekking tot de uitzendingen aangetast worden.
- 2° Ze moeten als gesponsorde programma's duidelijk gekenmerkt worden door middel van de naam en/of handelsmerk van de sponsor aan programmabegin en/of -einde.
- 3° Ze moeten niet tot koop of huur van producten of tot gebruikmaking van diensten aangeboden door de sponsor of een derde aanmanen, inzonderheid door specifieke inlichtingen naar voren te brengen die deze producten of diensten betreffen en de verkoop bevorderen.

De uitzendingen mogen niet van natuurlijke of rechtspersonen gesponsord worden, wier voornaamste werkzaamheid erin bestaat producten te fabriceren of te verkopen of diensten aan te bieden waarvoor de reclame overeenkomstig de artikelen 9 en 10, lid 1 verboden is.

Nieuws en politieke uitzendingen mogen niet gesponsord worden.

Art. 14. § 1. De zendtijd voor de reclame- of telewinkelspots en voor andere reclamevormen, met uitzondering van de in § 2 bedoelde blokken voor telewinkelen mag 20 % van de dagelijkse zendtijd niet overschrijden. De zendtijd voor de reclamespots mag 15 % van de dagelijkse zendtijd niet overschrijden.

De zendtijd voor de reclame- of telewinkelspots mag 20% in één uur, gerekend vanaf een volle uur, niet overschrijden. Dit geldt niet voor pure telewinkelenprogramma's.

Gelden niet als reclame in de zin van voorafgaande leden :

- 1° aankondigingen van de televisieomroeporganisatie in verband met haar eigen programma's en met rechtstreeks daarvan afgeleide ondersteunende producten;
- 2° mededelingen van de overheid en liefdadigheidsgroepen die gratis worden uitgezonden.

§ 2. Blokken voor telewinkelen die niet door een puur telewinkelenprogramma worden uitgezonden, moeten zonder onderbreking minimaal 15 minuten in beslag nemen.

Het maximaal aantal blokken voor telewinkelen per dag bedraagt acht. De totale duur ervan mag niet meer dan 3 uren per dag bedragen.

Zij moeten door optische en akoestische middelen duidelijk herkenbaar worden gemaakt als blokken voor telewinkelen.

Afdeling 4. — Bepalingen over de televisieprogramma's

Art. 15. De televisieomroeporganisaties mogen programma's niet uitzenden die :

- 1° de wetten overtreden, de veiligheid van de Staat, de openbare orde of de goede zeden in gevaar brengen of een vreemde staat beledigen;
- 2° de lichamelijke, geestelijke of zedelijke ontwikkeling van minderjarigen ernstig zouden kunnen aantasten, inzonderheid programma's met pornografische scènes of met nodeloos geweld. Deze bepaling geldt ook voor andere programma's die de lichamelijke, geestelijke of zedelijke ontwikkeling van minderjarigen ernstig zouden kunnen aantasten, tenzij door de keuze van de zenduur van uitzending of door technische maatregelen gewaarborgd wordt dat de minderjarigen die zich in de uitzendingszone bevinden naar die uitzendingen normaal niet kijken of luisteren. Deze programma's, voor zover ze ongescrembeld uitgezonden worden, worden bovendien door akoestische middelen aangekondigd en door optische middelen tijdens de hele zending herkenbaar gemaakt;

3° tot haat aanzetten om redenen in verband met ras, geslacht, godsdienst of nationaliteit.

Art. 16. De televisieomroeporganisaties mogen geen cinematografische werken uitzenden buiten de met de houders van rechten overeengekomen periodes.

Art. 17. De hoofdstukken II en III van de wet van 23 juni 1961 betreffende het recht tot antwoord, ingevoegd door de wet van 4 maart 1977, zijn toepasselijk op de programma's van de televisieomroeporganisaties en van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 18. § 1^{er}. De Regering kan een lijst opstellen van evenementen die van aanzienlijk belang voor de samenleving worden geacht, derhalve niet op een exclusieve basis zodanig mogen worden uitgezonden dat een belangrijk deel van het publiek dergelijke evenementen niet via rechtstreekse of uitgestelde verslaggeving op de kosteloze televisie kan volgen.

De Regering bepaalt of deze evenementen via volledige of gedeeltelijke rechtstreekse verslaggeving dan wel, waar nodig of passend om objectieve redenen van openbaar belang, via volledige of gedeeltelijke uitgestelde verslaggeving beschikbaar moeten zijn.

§ 2. Het is de televisieomroeporganisaties verboden verworven exclusieve rechten zodanig uit te oefenen dat een belangrijk deel van het publiek in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap evenementen die door die lidstaat aangewezen zijn en waarvan de lijst in het Publicatieblad van de Europese Gemeenschappen bekendgemaakt is, niet op de kosteloze televisie kan volgen via volledige of gedeeltelijke rechtstreekse verslaggeving dan wel, waar nodig of passend om objectieve redenen van openbaar belang, via volledige of gedeeltelijke uitgestelde verslaggeving.

HOOFDSTUK III. — *Andere diensten*

Art. 19. De Regering kan rechtspersonen de vergunning toekennen om andere omroepdiensten dan geluids- en televisieprogramma's uit te zenden.

De diensten kunnen geheel of gedeeltelijk als signalen in gecodeerde vorm uitgezonden worden. De ontvangst ervan kan tegen betaling gebeuren.

De Regering legt de voorwaarden en modaliteiten vast voor de toelating van andere diensten dan geluids- en televisieprogramma's.

HOOFDSTUK IV. — *Kabelnetten*

Art. 20. § 1. In het Duitse taalgebied mag niemand een kabelnet aanleggen of exploiteren zonder de schriftelijke vergunning van de Regering.

§ 2. Wenst men de vergunning te verkrijgen om een kabelnet aan te leggen of te exploiteren, dan moet men :

1° een rechtspersoon zijn;

2° bij de Regering een aanvraag indienen die alle nodige documenten omvat inclusief de statuten, de balansen en de jaarrekeningen over de laatste drie dienstjaren, de precieze samenstelling van het aandelenkapitaal en van de bestuursapparaten, de lijst van de geluids- en televisieprogramma's die men van plan is uit te zenden met de zendfrequentie ervan, de prestaties die naast de uitzending van geluids- en televisieprogramma's kunnen worden verstrekt, de eventuele koppeling met andere kabelnetten, de prijzen en de taksen alsmede alle gegevens die voor de behandeling van de aanvraag dienstig kunnen zijn.

§ 3. De vergunning is niet vereist voor de het aanleggen en het exploiteren van een collectieve antenne uitsluitend ten behoeve van houders van ontvangtoestellen verblijvende in :

1° kamers of appartementen van hetzelfde gebouw;

2° gegroepeerde gebouwen van een zelfde eigenaar waarvan het aantal vijftig niet overschrijdt;

3° gegroepeerde woningen waarvan het aantal vijftig niet overschrijdt;

4° caravans of op percelen van een zelfde camping.

§ 4. De vergunning is geldig tot het einde van het twaalfde kalenderjaar dat volgt op de uitreiking ervan; ze wordt vervolgens stilzwijgend verlengd met opeenvolgende periodes van zes jaar, behoudens intrekking door de Regering of opzegging door de verdeler. De intrekking of opzegging is te betekenen bij aangetekende brief in de loop van het eerste semester van het laatste jaar waar de vergunning geldig is.

§ 5. De vergunning is persoonlijk en mag aan een derde slechts overgedragen worden na schriftelijk akkoord van de Regering.

§ 6. De Regering legt de vergunningsprocedure vast.

Art. 21. § 1. De personen die de vergunning hebben verkregen om een kabelnet op te richten, hebben het recht op of onder de pleinen, straten, wegen, paden, waterlopen en vaarten die deel uitmaken van het openbaar domein alle werken m.b.t. het aanleggen of onderhouden van de kabels en de bijbehorende uitrustingen van hun kabelnetten op hun kosten te laten uitvoeren, op voorwaarde dat ze zich gedragen naar de wetten en besluiten over het vruchtgebruik van het openbaar domein en dat ze zijn bestemming in acht nemen.

Vooraleer dit recht uit te oefenen, leggen de gemachtigde personen het tracé en de details van de aanleg van de geleidingen aan de overheid die eigenares is van het openbaar domein voor advies voor. Binnen drie maanden te rekenen van de datum waarop het tracé werd ingezonden, moet de overheid een advies uitbrengen en de belanghebbende haar beslissing ter kennis geven. Na het verstrijken van deze termijn geldt het stilzwijgen van de overheid als goedkeuring. In geval van blijvende onenigheid wordt daarover besloten bij wege van een besluit van de Regering.

Later heeft de bevoegde overheid in elk geval het recht om de bepalingen of het tracé van een aanleg, alsmede de desbetreffende werken op haar eigendom te laten wijzigen. Worden wijzigingen opgelegd ofwel om reden van de openbare veiligheid, ofwel tot behoud van het natuurschoon, ofwel in het belang van de wegen, waterlopen, vaarten of van een openbare dienst, ofwel als gevolg van een verandering die de aangelanden aan de toegangen tot hun privé-eigendom langs de gebezigde wegen hebben aangebracht, dan worden de werken ten laste van de kabelmaatschappij uitgevoerd. In de andere gevallen vallen de werken ten laste van de overheid die de wijzigingen oplegt. Deze overheid mag vooraf een kostenraming eisen en, in geval van onenigheid, de werken in eigen regie laten uitvoeren.

§ 2. De personen die een vergunning hebben verkregen om een kabelnet aan te leggen hebben tevens het recht voor de aanleg van de kabels en de bijbehorende uitrustingen van hun kabelnetten steunen en ankers aan te brengen op muren en gevels die uitkomen op de openbare weg en hun kabels in open en onbebouwde grond aan te leggen of zonder vasthechting of aanraking boven particuliere eigendommen te laten doorgaan.

De werken mogen slechts beginnen nadat aan de eigenaars, bepaald volgens de gegevens van het kadaster, aan de huurders en aan de bewoners een behoorlijke schriftelijke kennisgeving is gedaan.

De uitvoering van de werken heeft geen ontzetting van bezit tot gevolg.

Het plaatsen van steunen en ankers op muren of gevels mag de eigenaar niet hinderen in zijn recht zijn goed af te breken of te herstellen.

De ondergrondse kabels en de steunen aangelegd in een open en onbebouwde grond dienen, op verzoek van de eigenaar, te worden weggenomen, indien hij zijn recht om te bouwen of te omheinen uitoefent. De kosten m.b.t. het wegnemen van de installaties vallen ten laste van de kabelmaatschappij. De eigenaar dient evenwel ten minste drie maanden vóór het begin van de in het vierde en vijfde lid bedoelde werken de kabelmaatschappij hiervan te verwittigen bij een ter post aangetekende brief.

§ 3. De vergoedingen voor schade wegens de aanleg of de exploitatie van een kabelnet vallen ten laste van de vergunninghouder die aansprakelijk blijft voor al de voor derden schadelijke gevolgen.

§ 4. De kabelmaatschappij is verplicht onmiddellijk gevolg te geven aan elke vordering van het Belgisch Instituut voor Postdiensten en Telecommunicatie of van enig bedrijf voor elektriciteitsvoorziening om elke storing in of nadelige invloed op de werking van de telefoon- of telegraafinstallaties of van de installaties voor elektriciteitsvoorziening onverwijld te doen ophouden. Zo niet worden de nodig geachte maatregelen, met inbegrip van het verplaatsen van de kabels en de bijbehorende installaties, door de betrokken diensten of bedrijven bevelen op kosten en risico van de kabelmaatschappij.

Art. 22. § 1. Voor zover de kabelmaatschappijen de overeenkomstig de wet van 30 juni 1994 betreffende het auteursrecht en de naburige rechten nodige vergunningen van de rechthebbenden hebben verkregen, zijn ze ertoe gemachtigd :

1° de programma's van de televisieomroeporganisaties vergund door een lidstaat van de Europese Gemeenschap, door een andere staat die ondertekende partij is bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte, of door een bevoegde Belgische overheid, vrij uit te zenden;

2° de door een staat die geen lid is van de Europese Unie vergunde programma's van de televisieomroeporganisaties uit te zenden die niet onder de bevoegdheid ressorteren van een lidstaat van de Europese Gemeenschap of van een andere staat die ondertekende partij is bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte, op voorwaarde dat ze de Regering vooraf ervan verwittigen. De Regering beschikt over een termijn van zestig dagen om zich tegen de uitzending van een programma te verzetten, indien die maatregel noodzakelijk blijkt te zijn voor >s lands veiligheid, voor de integriteit van het grondgebied van de Staat, voor de openbare veiligheid, voor het handhaven van de openbare orde en het voorkomen van strafbare feiten, voor de bescherming van de gezondheid en van de moraal, voor de bescherming van de faam of rechten van derden, om het onthullen van vertrouwelijke gegevens te vermijden, om de autoriteit en onpartijdigheid van de rechterlijke macht te waarborgen of wanneer de bepalingen van artikel 15 worden overtreden.

§ 2. De kabelmaatschappijen mogen geluidsprogramma's uitzenden alsmede andere prestaties verstrekken dan de uitzending van de programma's van televisie- en radio-omroeporganisaties, voor zover ze de Regering vooraf ervan verwittigen. De Regering beschikt over een termijn van zestig dagen om zich daartegen te verzetten, indien die maatregel noodzakelijk blijkt te zijn voor 's lands veiligheid, voor de integriteit van het grondgebied, voor de openbare veiligheid, voor het handhaven van de openbare orde en het voorkomen van strafbare feiten, voor de bescherming van de gezondheid en van de moraal, voor de bescherming van de faam of rechten van derden, om het onthullen van vertrouwelijke gegevens te vermijden, om de autoriteit en onpartijdigheid van de rechterlijke macht te waarborgen of wanneer de bepalingen van artikel 15 worden overtreden.

Art. 23. § 1. De Regering kan de heruitzending, via de kabel, van televisieprogramma's uit een andere lidstaat van de Europese Unie voorlopig schorsen, indien aan volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° een televisieuitzending vormt een duidelijke, belangrijke en ernstige inbreuk op artikel 15, 2°, eerste en tweede zin, en 3°;

2° de televisieomroeporganisatie heeft gedurende de voorafgaande twaalf maanden de bepaling van punt 1° ten minste al tweemaal overtreden;

3° de Regering heeft de televisieomroeporganisatie en de Europese Commissie schriftelijk in kennis gesteld van de ten laste gelegde inbreuken en van de maatregelen die bepaald zijn voor het geval waar een dergelijke overtreding nogmaals plaatsvindt;

4° het overleg met de uitzendende staat en de Europese Commissie heeft binnen de 15 dagen na de onder 3° bedoelde kennisgeving niet tot een minnelijke schikking geleid en een nieuwe overtreding vindt plaats.

De voorlopige schorsing van de heruitzending eindigt zodra de Europese Commissie deze met het Gemeenschapsrecht onverenigbaar verklaart.

§ 2. De Regering kan bevelen dat de heruitzending van televisieprogramma's uit een staat die geen lid is van de Europese Gemeenschap noch ondertekende partij is bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte, verboden wordt, indien één van de in artikel 22, § 1, 2°, bedoelde verzetredenen optreedt.

§ 3. De Regering kan bevelen dat de heruitzending van geluidsprogramma's of de verstrekking van andere dienstprestaties verboden worden, indien één van de in artikel 22, § 2, bedoelde verzetredenen optreedt.

Art. 24. § 1. Onverminderd de bepalingen van artikel 22 moeten de kabelmaatschappijen volgende programma's op het ogenblik van hun uitzending en in hun geheel doorgeven :

1° de programma's van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap alsmede van de handelsmaatschappijen waarmee het Centrum een samenwerkingsakkoord heeft gesloten of aan het kapitaal waarvan het rechtstreeks of onrechtstreeks deelneemt;

2° de geluidsprogramma's van de door de Regering vergunde regionale radio's en de door de Regering vergunde televisieprogramma's;

3° de geluids- en televisieprogramma's van publiekrechtelijke radio- en televisieomroeporganisaties van de Franse en de Vlaamse Gemeenschap;

4° het programma van het open kanaal.

§ 2. Na overleg met de kabelmaatschappijen kan de Regering deze ertoe verplichten andere door haar aangewezen geluids- en televisieprogramma's uit te zenden alsmede andere door haar aangewezen diensten aan te bieden dan de uitzending van geluids- en televisieprogramma's.

Het totaal van de in § 1 en § 2, lid 1, bedoelde uit te zenden programma's mag de helft van de op grond van de technische capaciteit beschikbare programmaplaatsen niet overschrijden.

HOOFDSTUK V. — *Open kanaal*

Art. 25. § 1. De Duitstalige Gemeenschap richt een open kanaal op waarvan ze de inrichtende macht is.

De technische en organisatorische aanwending van het open kanaal wordt een vereniging zonder winstoogmerk toevertrouwd die voor alle filosofische en ideologische strekkingen openstaat.

De statuten van de vereniging moeten ter goedkeuring aan de Regering worden voorgelegd.

§ 2. Het open kanaal geeft aan natuurlijke of rechtspersonen de mogelijkheid om hun televisuele participaties op eigen verantwoordelijkheid uit te zenden waarvan de duur beperkt is.

Te dien einde helpt of laat het open kanaal hen helpen bij de productie en de organisatie, geeft hen raad of laat hen raad geven en stelt productiemiddelen ter hunne beschikking.

Bovendien kan de Regering het open kanaal - in het kader van het concept "pedagogie met behulp van de media" uitgewerkt door de Duitstalige Gemeenschap - dienovereenkomstige opdrachten toevertrouwen.

De participaties worden niet vergoed en kunnen geen reclame inhouden. Gesponsorde participaties zijn verboden. De participaties mogen de bepalingen van artikel 15 niet overtreden. De naam en de woonplaats of maatschappelijke zetel van de verantwoordelijke(n) dienen aan het begin en aan het einde van een participatie te worden vermeld.

§ 3. Geniet het gebruiksrecht elkeen die zijn woonplaats, zijn maatschappelijke zetel, zijn werkplaats of zijn opleidingsplaats in het Duitse taalgebied heeft. De Regering kan dit recht uitbreiden om de interregionale en internationale betrekkingen te bevorderen.

De televisie- en radio-omroeporganisaties, de Rijks- en gemeentelijke inrichtingen en overheden alsmede de politieke partijen genieten dit gebruiksrecht niet.

§ 4. De Regering legt een gebruiksreglement vast.

In het gebruiksreglement wordt gezorgd voor :

1° een vrije en billijke toegang alsmede een vrij en billijk gebruik, waarbij de participaties principieel naar de volgorde van het verzoek uitgezonden worden;

2° het recht op weerwoord, overeenkomstig de hoofdstukken II en III van de wet van 23 juni 1961 betreffende het recht tot antwoord, ingevoegd door de wet van 4 maart 1977, waarbij het verzoek om weerwoord aan de voor de participatie verantwoordelijke gebruiker moet worden gericht.

§ 5. De vereniging zonder winstoogmerk bedoeld in § 1, lid 2, legt de Regering jaarlijks een activiteitenverslag voor.

HOOFDSTUK VI. — *Technische normen en uitzendingsinfrastructuren*

Afdeling 1. — Systemen voor voorwaardelijke toegang

Art. 26. Alle consumentenapparatuur die te koop of te huur wordt aangeboden of anderszins ter beschikking van consumenten wordt gesteld en die digitale televisiesignalen kan ontscrambelen, moet de mogelijkheid bezitten :

1° dergelijke signalen te ontscrambelen volgens het gemeenschappelijk Europees schrambelalgoritme, als beheerd door een erkende Europese normalisatieorganisatie;

2° signalen die ongescrambeld worden uitgezonden weer te geven mits, in geval van gehuurde apparatuur, de huurovereenkomst door de huurder wordt nageleefd.

Art. 27. De systemen voor voorwaardelijke toegang moeten over de nodige technische mogelijkheden beschikken voor een goedkope controleoverdracht naar de kabelkopstations, waarbij de kabelmaatschappijen in de mogelijkheid worden gesteld om toezicht uit te oefenen op de toegang van hun abonnees tot de digitale televisiediensten volgens hun eigen systeem voor voorwaardelijke toegang.

Art. 28. Exploitanten van systemen voor voorwaardelijke toegang die diensten produceren en aanbieden met het oog op de toegang tot de digitale televisiediensten, bieden aan elke televisieomroeporganisatie die het hen aanvraagt op eerlijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden de technische diensten aan waarmee hun digitale televisiediensten kunnen worden ontvangen door de kijkers die daartoe gerechtigd zijn middels decoders die door de exploitanten van het systeem voor voorwaardelijke toegang worden beheerd.

Wanneer de exploitant andere activiteiten uitoefent, voert hij een gescheiden boekhouding voor de in het eerste lid bedoelde activiteit.

Art. 29. Wanneer houders van industriële eigendomsrechten inzake voorwaardelijke toegangssystemen en -producten licenties verlenen aan fabrikanten van voor het grote publiek bestemde apparatuur, dienen zij zulks te doen op eerlijke, redelijke en niet-discriminerende voorwaarden.

De houders van rechten mogen het verlenen van licenties, waarbij rekening wordt gehouden met de technische en commerciële factoren, niet doen afhangen van voorwaarden waardoor het verboden, ontraden of onaantrekkelijk gemaakt wordt om in het betrokken product :

— hetzij een gemeenschappelijke interface in te bouwen die aansluiting op meerdere andere toegangssystemen mogelijk maakt;

— hetzij tot een ander toegangssysteem behorende middelen in te bouwen, wanneer de licentiehouders zicht houdt aan de redelijke en passende voorwaarden inzake de beveiliging van de transacties van de exploitanten van systemen voor voorwaardelijke toegang.

Afdeling 2. — Technische normen

Art. 30. De televisiediensten van alle erkende televisieomroeporganisaties en van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap moeten;

1° in 16:9 D2-MAC of in een 16:9-systeem dat volledig compatibel is met PAL of SECAM worden uitgezonden, indien het uitzendingen in breedbeeldformaat en 625 lijnen betreft die niet volledig digitaal zijn;

2° in HD-MAC worden uitgezonden, indien het HDTV-uitzendingen betreft die niet volledig digitaal zijn;

3° een transmissiesysteem gebruiken dat door een erkende Europese normalisatieorganisatie genormaliseerd is, indien het volledig digitale uitzendingen betreft.

De kabeltelevisienetten die televisiediensten al dan niet digitaal in het breedbeeldformaat 16:9 ontvangen, moeten die ten minsten in het breedbeeldformaat 16:9 heruitzenden.

Art. 31. Een televisietoestel met een integraal beeldscherm waarvan de zichtbare diagonaal groter dan 42 cm is, dat te koop of te huur wordt aangeboden, moet voorzien zijn van ten minste één door een erkende Europese normalisatieorganisatie genormaliseerde aansluitbus met open interface die het zonder meer mogelijk maakt randapparaten, met name verdere decoders en digitale ontvangers, aan te sluiten.

Afdeling 3. — Concessie van technische uitzendingsinfrastructuren

Art. 32. § 1. De Regering kan de technische uitzendingsinfrastructuren waarover zij beschikt in concessie geven aan een televisieomroeporganisatie die ressorteert onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap, van een andere Belgische overheid, van een lidstaat van de Europese Gemeenschap of van een staat die ondertekende partij is bij de Overeenkomst betreffende de Europese Economische Ruimte.

Zijn er meerdere kandidaten voor de concessie van éénzelfde technische uitzendingsinfrastructuur, dan houdt de Regering rekening met de kwaliteit van het project, met de aangeboden prijs en de verenigbaarheid van het project met de harmonische ontwikkeling van het audiovisueel landschap in de Duitstalige Gemeenschap, in de Europese Gemeenschap en in de Europese Economische Ruimte.

De concessie van technische uitzendingsinfrastructuren mag slechts voor een maximale duur van 9 jaar worden toegekend. Ze kan hernieuwd worden.

De concessie is persoonlijk en mag aan een derde slechts overgedragen worden na schriftelijk akkoord van de Regering.

§ 2. De Regering legt de vergunningsprocedure vast.

HOOFDSTUK VII. — *Radio-omroeporganisaties*

Afdeling 1. — Algemene bepalingen

Art. 33. Deze afdeling is van toepassing op de geluidsprogramma's van de private radio's alsmede op de geluidsprogramma's van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 34. De geluidsprogramma's die de bepalingen van artikel 15 overtreden, zijn verboden.

Art. 35. De hoofdstukken II en III van de wet van 23 juni 1961 betreffende het recht tot antwoord, ingevoegd door de wet van 4 maart 1977, zijn van toepassing op de geluidsprogramma's.

Art. 36. De geluidsprogramma's mogen reclame bevatten.

De reclame moet als dusdanig erkenbaar zijn en door akoestische middelen duidelijk onderscheiden zijn van de andere programmaonderdelen;

Afzonderlijke reclamespots moeten een uitzondering blijven.

In de reclameuitzendingen is het gebruik van subliminale technieken verboden.

Sluikreclame is verboden.

Art. 37. De in de artikelen 7, § 2, 8, 9, 10, 11 en 12, 1° tot 3° bepaalde voorwaarden betreffende de televisiereclame zijn ook van toepassing op de reclame die door radio-omroeporganisaties wordt uitgezonden.

Art. 38. Gesponsorde programma's zijn toegelaten op de voorwaarden bedoeld in artikel 13.

Afdeling 2. — De private radio's

Onderafdeling 1. — Algemene bepalingen

Art. 39. § 1. In het Duitse taalgebied mogen private radio's slechts met de vergunning van de Regering worden geëxploiteerd.

Die vergunning omvat onder andere :

1° de toekenning van één of meer frequenties en de door de Regering vastgelegde gebruiksvoorwaarden ervan;

2° het maximale zendvermogen;

3° de maximale hoogte van de antenne die t.o.v. de gemiddelde hoogte van de grond berekend wordt;

4° de oriëntatie van de antenne.

§ 2. De Regering legt de vergunningsprocedure vast.

Art. 40. Om een vergunning te verkrijgen, moet een private radio aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° eigendom van een privaatrechtelijke rechtspersoon zijn die haar zetel en productie- en zendinstallaties heeft in het Duitse taalgebied binnen het gebied dat door de zender bestreken wordt.

2° door zijn programmering :

a) zich wijden aan de berichtgeving, rekening houdend met de opinieverschillen en met de balancerings van de informatie;

b) animatie en dienstverlening afzonderlijk of tegelijk ten doel hebben;

3° onafhankelijk zijn van werkgevers- of werknemersorganisaties of van politieke groeperingen;

4° in zijn programma's voor het herwaarderen van de cultuur en van de kunstenaars van de Duitstalige Gemeenschap en van de naburige streken zorgen onder de door de Regering bepaalde voorwaarden;

5° jaarlijks een activiteitenverslag bij de Regering indienen;

6° ervoor zorgen dat de ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap te allen tijde de werkwijze van de private radio ter plaatse kunnen onderzoeken.

Art. 41. De uitzending van de programma's moet voorafgegaan en gevolgd worden door een herkenningmelodie die het mogelijk maakt de private radio te identificeren en de lokalisatie van de zender alsook de gebruikte frequentie te kennen. Die herkenningmelodie wordt bovendien tijdens de uitzending van het programma met regelmatige tussenpauzes uitgezonden.

Een wijziging van de benaming van de private radio wordt aan de Regering ter goedkeuring voorgelegd.

Art. 42. De nieuwsuitzendingen moeten objectief en zakelijk zijn.

De informaties moeten qua inhoud, bron en waarachtigheid worden onderzocht.

Commentaren zijn van de informaties duidelijk te onderscheiden en de naam van hun auteur moet worden vermeld.

De informaties moeten in samenwerking met beroepsjournalisten of met personen uitgewerkt worden die onder de voorwaarden werken die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 betreffende de erkenning en de bescherming van de titel van beroepsjournalist.

Onderafdeling 2. — De regionale radio's

Art. 43. Onverminderd artikel 40 moet een regionale radio aan de volgende voorwaarden voldoen om een vergunning te verkrijgen :

1° zich wijden aan de informatie over wat in de Duitstalige Gemeenschap en in de naburige streken gebeurt;

2° tussen 6 en 22 uur een programmatie hebben waarvan, afgezien van programma's bestaande uit doorlopende muziek, ten minste 50% uit programma's bestaat die door de medewerkers van de regionale radio worden gerealiseerd;

3° informaties in samenwerking met beroepsjournalisten of met personen uitwerken die onder de voorwaarden werken die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 over de erkenning en de bescherming van de beroepstitel als beroepsjournalist.

Een regionale radio moet ten minste 8 nieuwsuitzendingen per dag doorgeven die telkens tenminste 3 minuten duren.

Art. 44. De vergunning om een regionale radio te exploiteren is geldig tot het einde van het twaalfde kalenderjaar dat volgt op de uitreiking ervan; ze wordt vervolgens verlengd met opeenvolgende periodes van zes jaar, behoudens intrekking door de Regering of opzegging door de regionale radio. De intrekking of opzegging is te betekenen bij aangetekende brief in de loop van het eerste semester van het laatste jaar waar de vergunning geldig is.

De rechtspersonen die bij de inwerkingtreding van voorliggend decreet al een regionale radio exploiteren, moeten binnen een termijn van 12 maanden om een vergunning krachtens dit decreet verzoeken.

Onderafdeling 3. — Lokale radio's

Art. 45. § 1. Het maximale zendvermogen van de lokale radio mag 1 KW niet overschrijden.

De maximale hoogte van de antenne mag 35 meter niet overschrijden.

§ 2. De Regering bepaalt in het kader van de vergunning van de lokale radio de grootte van het gebied dat door de zender bestreken wordt.

§ 3. Voor zover bijzondere topografische gegevens het noodzakelijk maken, kan de Regering van de in § 1 bedoelde maximale waarden afwijken.

Art. 46. Onverminderd artikel 40 moet een lokale radio bovendien, om een vergunning te krijgen,

1° zich wijden aan de berichtgeving, met name aan de plaatselijke informatie;

2° een aanvraag om vergunning indienen, ondertekend door ten minste twee daarvoor bevoegde leden van de beheerraad die hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied, binnen het gebied dat door de zender bestreken wordt;

3° tussen 6 en 22 uur een programmatie hebben waarvan, afgezien van programma's bestaande uit doorlopende muziek, ten minste 25 % uit programma's bestaat die door de medewerkers van de lokale radio worden gerealiseerd. De andere programmaonderdelen kunnen in samenwerking met andere erkende lokale radio's worden geproduceerd of door derden worden verzorgd.

Art. 47. De vergunning om een lokale radio te exploiteren is geldig tot het einde van het vijfde kalenderjaar dat volgt op de uitreiking ervan.

De vergunningen die geldig zijn bij de inwerkingtreding van dit decreet blijven geldig tot hun normaal einde.

Art. 48. Onverminderd de voorwaarde betreffende de eigenproducties, vermeld in artikel 46, 3°, kunnen verscheidene lokale radio's tegelijkertijd hetzelfde programma uitzenden.

Onderafdeling 4. — Subsidiëring van de uitwerking van nieuwsuitzendingen

Art. 49. § 1. Private radio's kunnen binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen een subsidie krijgen voor de lonen of erlonen van beroepsjournalisten of van personen die op bevel van de radio nieuwsuitzendingen uitwerken en daarbij onder de voorwaarden werken die het mogelijk maken beroepsjournalist te worden overeenkomstig de wet van 30 december 1963 betreffende de erkenning en de bescherming van de titel van beroepsjournalist.

De krachtens lid 1 gesubsidieerde nieuwsuitzendingen worden onder de door de Regering bepaalde voorwaarden ter beschikking van de lokale radio's gesteld.

§ 2. Paragraaf 1 geldt niet voor de private radio's waarmee het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap samenwerkt, indien die samenwerking in de vorm van een rechtstreekse of onrechtstreekse kapitaalparticipatie gebeurt.

§ 3. De Regering bepaalt de nadere subsidiëeringsmodaliteiten.

HOOFDSTUK VIII. — *Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 50. Er wordt een Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap opgericht, hierna Ade Raad[\]@ genoemd. De Raad heeft zijn zetel bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 51. § 1. De Regering wijst een lid als voorzitter aan.

De Regering wijst volgende leden aan behorend tot de groep van de exploitanten in de mediasector :

1° twee leden op de voordracht van de Raad van Bestuur van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap;

2° twee leden op de voordracht van de vergunde lokale radio's;

3° telkens één lid op de voordracht van :

a) het bestuur van de Algemene Vereniging van Beroepsjournalisten in België;

b) de met toepassing van het decreet van 7 februari 1994 betreffende de hulp aan de dagbladpers erkende perseenheden;

c) de vergunde televisieomroeporganisaties;

d) de vergunde kabelmaatschappijen;

e) de vereniging zonder winstoogmerk bedoeld in artikel 25, § 1, lid 2;

f) de vergunde regionale radio's.

De Regering wijst volgende leden aan behorend tot de groep van de mediagebruikers :

1° telkens twee leden op de voordracht van :

a) de representatieve werkgeversorganisaties;

b) de representatieve werknemersorganisaties;

c) de in het Duitse taalgebied gevestigde organisaties voor de bescherming van de consument;

2° telkens één lid op de voordracht van :

a) de Raad voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen;

b) de Raad van de Duitstalige jeugd;

c) de Bejaardenraad;

d) de Raad voor jeugdbijstand.

§ 2. Voor elk lid bedoeld in § 1 wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

§ 3. De mandatarissen gekozen voor de Raad van de Duitstalige Gemeenschap kunnen voor de lijst waarvoor zij zich kandidaat gesteld hadden, een vertegenwoordiger met raadgevende stem naar de Mediaraad sturen.

§ 4. Bij de samenstelling van de Mediaraad moet naar een pariteit van de geslachten gestreefd worden.

Mag een categorie van de exploitanten in de mediasector of een categorie van de mediagebruikers overeenkomstig § 1 voor de Mediaraad twee leden voorstellen, dan moeten beide kandidaten van verschillend geslacht zijn.

De telkens voorgestelde leden en plaatsvervangende leden moeten van verschillend geslacht zijn.

§ 5. De duur van het mandaat stemt overeen met die van de zittingsperiode van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap. Het mandaat begint binnen de drie maanden volgend op de maand waar de verkiezing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap plaatsvindt.

Het mandaat is hernieuwbaar.

Art. 52. Om lid van de Raad te worden en te blijven dient men aan volgende persoonsgebonden voorwaarden te voldoen :

1° de burgerlijke en politieke rechten genieten;

2° meerderjarig zijn.

De hoedanigheid van lid van de Raad is onverenigbaar met die van volksvertegenwoordiger, senator, lid van een Gewest- of Gemeenschapsraad, van het Europees Parlement of van de Provincieraad, gemeenteraadslid, lid van de federale Regering, van een Gewest- of Gemeenschapsregering, lid van de Bestendige Deputatie van de Provincieraad of van een ministerieel kabinet, provinciegouverneur, arrondissementcommissaris of burgemeester.

Art. 53. Een lid treedt de Raad uit om volgende redenen :

1° één der in artikel 52, lid 1 vermelde voorwaarden is niet meer vervuld of één der in artikel 52, lid 2, vermelde onverenigbaarheden komt voor;

2° per jaar is het zonder verontschuldiging op meer dan de helft der zittingen afwezig;

3° het in artikel 51 vermeld lichaam dat de leden voorstelt, trekt het mandaat in.

Bij uittreding van een werkend lid beëindigt het plaatsvervangend lid het mandaat. De Regering wijst een nieuw plaatsvervangend lid aan.

Art. 54. § 1. De Raad heeft volgende opdrachten :

1° aan de Regering een voorafgaand advies te geven over de beslissingen :

a) betreffende de vergunning om een televisieprogramma uit te zenden, vermeld in artikel 2;

b) betreffende de opstelling van de in artikel 18, § 1 bedoelde lijst van evenementen;

c) betreffende de vergunning bedoeld in artikel 19, toegekend aan andere omroepdiensten dan radio- en televisieprogramma's;

d) betreffende de vergunning om een kabelnet aan te leggen of te exploiteren, zoals bedoeld in artikel 20;

e) betreffende het verzet tegen de uitzending van een televisieprogramma, zoals bedoeld in artikel 22, § 1, 2°;

f) betreffende het verzet tegen de uitzending van geluidsprogramma's of de verstrekking van andere diensten, zoals bedoeld in artikel 22, § 2;

g) betreffende het verbod van de uitzending van geluidsprogramma's of de verstrekking van andere diensten, zoals bedoeld in artikel 23, § 2;

h) betreffende de heruitzending van geluids- en televisieprogramma's en het aanbieden van andere diensten op de kabelnetten, zoals bedoeld in artikel 24, § 2, lid 1;

i) vóór de vastlegging van het gebruiksreglement bedoeld in artikel 25, § 4, lid 1;

j) betreffende de vergunning toegekend aan een private radio, zoals bedoeld in artikel 39;

2° een advies uit te brengen vóór de toepassing van één der in artikel 63 opgenomen administratieve sancties. De Mediaraad brengt zo'n advies uit :

a) uit eigen beweging, als hij vaststelt dat de bepalingen van voorliggend decreet en de uitvoeringsbepalingen overtreden worden;

b) op verzoek van de Regering;

c) op verzoek van een natuurlijke of rechtspersoon die overtredingen van de bepalingen van voorliggend decreet en van de uitvoeringsbepalingen signaleert.

Het advies omvat een met redenen omkleed voorstel tot toepassing van één der in artikel 63 opgenomen administratieve sancties;

3° modelontwerpen voor plichtenleervoorschriften inzake media uit te werken, o.a. wat de bescherming van de minderjarigen en de reclame betreft. Die modelontwerpen worden de verscheidene exploitanten in de mediasector overgemaakt;

4° adviezen uit te brengen over :

a) de inhoud van de programma's en de algemene programmatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, die aan de beheerraad van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap worden overgemaakt met toepassing van de wet van 16 juli 1973 waarbij de bescherming van de ideologische en filosofische strekkingen gewaarborgd wordt;

b) andere thema's i.v.m. de media die de Raad op eigen initiatief behandelt of die de Regering hem voorlegt;

5° bezwaren, suggesties en voorstellen onderzoeken die de media, de media-inrichtingen en de media-arbeid in de Duitstalige Gemeenschap betreffen en die de Raad door een natuurlijke of rechtspersoon voorgelegd werden.

Naast zijn adviesfunctie kan de Raad als bemiddelaar bij belangenconflicten die tussen exploitanten in de mediasector en mediagebruikers optreden;

6° voor elk mandaat een verslag over het medialandschap in de Duitstalige Gemeenschap opstellen dat o.a. de balancering van de programma's, de verdediging van de opinieverscheidenheid wat de programma's betreft die door de private radio's en de vergunde televisieomroeporganisaties worden uitgezonden, de invloeden van de technische ontwikkeling op het medialandschap alsmede de economische betekenis van het medialandschap behandelt;

7° jaarlijks een activiteitenverslag opstellen dat de Raad in de loop van het derde kwartaal van het daaropvolgende jaar aan de Regering en aan de Raad van de Duitstalige Gemeenschap overmaakt.

§ 2. De in § 1, 1°, f) en g) alsmede in 2°, b) vermelde adviezen moeten binnen een termijn van drie weken na het verzoek worden uitgebracht; zo niet worden ze geacht uitgebracht te zijn.

De andere in § 1, 1°, vermelde adviezen moeten binnen een termijn van drie maanden na het verzoek worden uitgebracht; zo niet worden ze geacht uitgebracht te zijn.

Art. 55. Een advies wordt bij meerderheid van stemmen uitgebracht. Stemonthoudingen worden niet toegelaten. Bij staking der stemmen is de stem van de voorzitter beslissend.

Wordt geen meerderheid van stemmen noch een staking der stemmen bereikt in de groep van de exploitanten in de mediasector of in de groep van de mediagebruikers, is de betrokken groep gemachtigd een minderheidsadvies uit te brengen.

Art. 56. De Raad stelt een huishoudelijk reglement op dat door de Regering wordt goedgekeurd.

Art. 57. De Regering belast een beambte van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap met het secretariaat.

Art. 58. § 1. De werkingskosten van de Raad vallen ten laste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. De leden van de Raad verkrijgen presentiegelden en een kilometervergoeding.

De Regering legt de modaliteiten voor de toekenning van deze vergoedingen vast.

HOOFDSTUK IX. — *Bioscoophouders en filmkeuring*

Afdeling 1. — Subsidiëring van bioscoophouders en bevordering van hun projecten

Art. 59. De Duitstalige Gemeenschap bevordert de verwezenlijking van de in het tweede lid, 2° bedoelde projecten van de bioscoophouders door binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen een jaarlijkse toelage ten belope van 700.000 frank toe te kennen.

Om die toelage te verkrijgen moeten de bioscoophouders aan volgende voorwaarden voldoen :

1° elke bioscoophouder moet jaarlijks ten minste 200 filmprojecties in het gewoon 35mm-bioscoopformaat uitvoeren;

2° samen een overeenkomst voorleggen tot regeling van de samenwerking, inzonderheid met het oog op de jaarlijkse organisatie van cineforums en cinedagen, alsmede van de projectie van ten minste 4 promotiekopiën per jaar.

De toelage bedoeld in het eerste lid wordt onder de deelnemende bioscoophouders in gelijke maten verdeeld na voorlegging van de bewijsstukken voor de kosten aangegaan in het kader van het project bedoeld in lid 2, 2°.

Art. 60. De toelage bedoeld in artikel 59 wordt ten hoogste met 20 % verhoogd, als de gemeente waar het bioscoop van de bioscoophouder gelegen is, in het kader van een overeenkomst gesloten met de Duitstalige Gemeenschap aan de financiering van de infrastructuur-, werkings- of personeelskosten deelneemt die de bioscoophouder m.b.t. de exploitatie van een bioscoop aangaat.

Art. 61. Met het oog op de aanpassing aan de beschikbare begrotingskredieten kan de Regering de bedragen bedoeld in de artikels 59 en 60 met een coëfficiënt vermenigvuldigen.

Afdeling 2. — Filmkeuring

Art. 62. In artikel 2 van de wet van 1 september 1920 waarbij aan minderjarigen beneden 16 jaar toegang tot de bioscoopzalen wordt ontzegd, wordt volgend lid ingevoegd :

« Als een film in een lidstaat van de Europese Unie als toegankelijk voor minderjarigen onder 16 jaar door de bevoegde overheid wordt verklaard en als de bioscoophouder dat kan bewijzen, geldt de in het eerste lid bedoelde toelating als gegeven. »

HOOFDSTUK X. — *Sancties*

Afdeling 1. — Administratieve sancties

Art. 63. Worden dit decreet en zijn uitvoeringsbepalingen niet nageleefd, dan kan de Regering de televisieomroeporganisaties - met uitzondering van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap - de aanleggers en exploitanten van de kabelnetten alsmede de private radio's, na ze gehoord te hebben en het advies van de Mediaraad ingewonnen te hebben, met een geldboete van 100.000 tot 1.000.000 frank straffen.

De Regering kan bovendien de vergunning voorlopig schorsen, er de duur van verkorten of ze intrekken. De houder van de vergunning wordt vooraf gehoord. In dit geval kan de inbeslagname van de technische zendinstallatie worden opgelegd.

De Regering wijst een ambtenaar aan die belast is met de invordering van de te betalen geldboeten alsmede met het beslag. Hij is gemachtigd een dwangmiddel te bepalen dat uitvoerbaar is binnen acht dagen na de betekening aan de schuldenaar. De gerechtsdeurwaarder voert het dwangmiddel uit in de vormen bepaald door het Gerechtelijk wetboek.

Afdeling 2. — Strafsancties

Art. 64. Wordt gestraft met een geldboete van 100 tot 100.000 frank :

1° wie wetens geluids- en televisieprogramma's uitzendt zonder de vereiste vergunning te bezitten of wiens vergunning geschorst of ingetrokken is;

2° wie wetens een kabelnet aanlegt of gebruikt zonder de vereiste vergunning te bezitten of wiens vergunning geschorst of ingetrokken is.

Art. 65. Wie reclame, telewinkelen of gesponsorde programma's uitzendt die de artikels 6 tot 14 van voorliggend decreet overtreden, wordt gestraft met een geldboete van 100 tot 100.000 frank.

Art. 66. Wie geluids- of televisieprogramma's uitzendt die artikel 15 van voorliggend decreet overtreden, wordt gestraft met een geldboete van 500 tot 500.000 frank.

Art. 67. De bepalingen van boek I van het Strafwetboek, hoofdstuk VII en artikel 85 inbegrepen, zijn van toepassing op de in de artikels 64 tot 66 bedoelde misdrijven.

HOOFDSTUK XI. — *Opheffingsbepalingen*

Art. 68. Het hoofdstuk II en het hoofdstuk III van de wet van 6 februari 1987 betreffende de radiodistributie- en teledistributienetten en betreffende de handelspubliciteit op radio en televisie worden opgeheven.

Art. 69. Het decreet van 16 juni 1986 tot bepaling van de erkenningsvoorwaarden van de vrije lokale zenders wordt opgeheven.

Art. 70. Artikel 2, lid 2 en artikel 3 van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, vervangen bij het decreet van 16 oktober 1995 worden opgeheven.

Kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, op 26 april 1999.

J. MARAITE,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden.

W. SCHRÖDER,

Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen.

Nota

(1) *Zitting 1998-1999.*

Bescheiden van de Raad : 129 (1998-1999). — Ontwerp van decreet, nr. 1. — Voorstellen tot wijziging, nrs 2-6. — Verslag, nr. 7. — Voorstel tot wijziging betreffende de tekst aangenomen door de commissie, nr. 8.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 26 april 1999.